



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 26 – 28. Juni 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Flucht nach vorn
Erstmals wurde Glankriminalität auf einer Innenministerkonferenz thematisiert **2**

Deutschland

Hans-Georg Maaßen auf Sächsisch?
Kritik an Sachsens Verfassungsschutzchef **3**

Hintergrund

Kämpfen mit Impulsen
Elektromagnetische Strahlung kann strategisch wie taktisch genutzt werden **4**

Preußen / Berlin

Effizient wie eine Bombardierung
Wie Rot-Rot-Grün Berlins Wohnungsmarkt ruiniert **5**

Ausland

Kommt eine neue Perestrojka?
Kreml lenkt erstmals ein **6**

Kultur

Wenn man einmal reich wär
Staatstheater Schwerin **9**

Geschichte

»Das ist ein 20-jähriger Waffenstillstand«
Das Versailler Diktat **10**



Wiedergänger aus finsterster Zeit: Ex-CDU-Generalsekretär Peter Tauber

Bild: pa

Schatten des Faschismus

Taubers Forderung nach Grundrechtsentzug: Ein Blick in den Abgrund

Der CDU-Politiker Peter Tauber will Rechtsgerichteten Grundrechte entziehen lassen. Die Berliner Reaktionen lassen tief blicken.

Keine Absetzung vom Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, kein Parteiausschlussverfahren, nicht einmal eine Rüge von höherer Stelle – nichts: Der frühere CDU-Generalsekretär Peter Tauber konnte die öffentliche Forderung aufstellen, rechtsgerichteten Andersdenkenden Grundrechte wie das Recht auf Meinungsfreiheit, auf Eigentum oder auf Versammlung zu entziehen, ohne dass dies für ihn auch nur die geringsten Folgen nach sich gezogen hätte. Danach erübrigt sich die Frage, ob Tauber mit seiner erschütternden Entgleisung allein stand oder ob er nur aussprach, was in den Hirnen einflussreicher Kreise an

der Spitze des Staates längst Kreise zieht.

Wie zum Beleg für Letzteres schob Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) nach, sein Ministerium wolle solche Grundrechtseingriffe „prüfen“. Und Kanzlerin Angela Merkel kündigte auf dem Evangelischen Kirchentag an, künftig „ohne Tabu“ zu bekämpfen, was sie für „Rechtsextremismus“ hält.

Der Begriff „Rechtsextremismus“ ist längst so weit gedehnt worden, dass bald alles hineinzupassen scheint, was nicht links ist. Wie weit das gehen kann, hat die SED einst vorge-macht. Sie nannte ihre mörderische Grenze „antifaschistischer Schutz-wall“. Alle, die unter dem brutalen kommunistischen Regime nicht

mehr leben wollten und auf eigene Faust die Freiheit im Westen suchten, waren in dieser Logik „Faschisten“ – und wurden gnadenlos niedergeschossen, ermordet.

Dass sich der neue Faschismus als „Antifaschismus“ tarnen würde, fürchteten wahre Antifaschisten schon seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Dass offen totalitäre Gedanken nun aber aus den Reihen der deutschen Christ-

demokraten hervorquellen, muss selbst die finstersten Geschichtspessimisten überraschen. Eher hatte man dies von jenen erwartet, welche SPD-Nachkriegschef Kurt Schumacher als „rotlackierte Nazis“ charakterisiert hat, welche später den blutigen „Schutzwall“ errichten sollten.

Anlass für die Raserei von Tauber und Co. war die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Dass der mutmaßliche Täter Stephan E. in Neonazi-Kreisen verkehrt hat, gilt als unumstritten. AfD-Politikern und anderen Unbeteiligten wird nun wahllos eine geistige Mitschuld an der Tat angehängt. Kritiker solcher Attacken fragen sich, wer in dieser Logik alles mitschuldig gewesen sein müsste an den RAF-Morden. Alle 68er? Gar jeder, der seinerzeit irgendwie „links“ war?

Allein diese Fragen zeigen die Abwegigkeit der Anwürfe gegen die heute Verleumdeten auf. Diese Abwegigkeit aber lässt erahnen, wie skrupellos Tauber und die Seinen vorgehen, um die politische Konkurrenz niederzustrampfen. Wer dies aus der Distanz betrachtet, erblickt die Schatten eines neuen Faschismus. *Hans Heckel*

Waren alle 68er, gar alle »Linken«, schuld am RAF-Terror?

Putin überzeugt nicht mehr

Armut nimmt in Russland stark zu – Protestbereitschaft wächst

Viele Jahre galt Wladimir Putin seinen Landsleuten als Garant für Stabilität, der für Ordnung im Land sorgt und der die traditionellen Werte verteidigt. Sein Volk nahm ihm nur zu gerne das Image des starken Mannes ab, der Russland im Inneren festigt und dem Land auch in der Außenpolitik wieder zu Macht und Ansehen verhilft.

Doch dieses Image bekommt in letzter Zeit Risse, die kaum noch zu verdecken sind: Laut dem staatlichen Meinungsforschungsinstitut „Wzjom“ hat der Popularitätswert des Präsidenten mit 31,7 Prozent einen historischen Tiefstand erlangt. Das unabhängige „Lewada-Zentrum“ konstatiert, dass mit

30 Prozent fast doppelt so viele Russen bereit sind, an Protestaktionen teilzunehmen, wie im Vorjahr.

Grund für die Unzufriedenheit der Bevölkerung ist nicht nur die anhaltende Korruption, sondern auch die zunehmende Armut.

19 Millionen Russen gelten als arm

Während die mit dem Kreml verbandelte Geschäftswelt den Sanktionen des Westens trotzen kann, bekommt Otto Normalverbraucher deren Auswirkungen mit aller Wucht zu spüren: Lebensmittel werden knapp, die Ladenregale

leeren sich, die Inflation galoppiert und die Arbeitslosenquote steigt. 19 Millionen Russen leben laut Alexej Kudrin, dem Chef des russischen Rechnungshofs, bereits unterhalb der Armutsgrenze.

Putin bekam den Frust der Menschen bei seiner jährlichen TV-Sendung „Direkter Draht“ zu spüren, in der er seinen Bürgern Rede und Antwort steht. Die zuvor ausgewählten Teilnehmer trugen ihre Klagen, Sorgen und Nöte mit mehr Nachdruck und Forderungen vor als in den zurückliegenden Jahren. Putin versprach, dass alles besser werde – wie er seine Versprechen umsetzen will, sagte er nicht. *Manuela Rosenthal-Kappi (siehe auch Seite 6)*

Tradition spielt keine Rolle

VDA vor Aus: Kulturinstitutionen hängen am Wohl der Tagespolitik

An Vereinen und Instituten, welche um die Förderung deutscher Sprache und Kultur im Ausland bemüht sind, mangelt es nicht. Platzhirsch ist hier das Goethe-Institut, das mit fast 160 Standorten in 98 Ländern vertreten ist. Daneben führen andere Organisationen ein eher stiefmütterliches Dasein. Dazu zählt das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), das 1951 aus dem 1917 gegründeten Deutschen Ausland-Institut hervorgegangen ist und das heute allenfalls durch die Vergabe des mit 10000 Euro dotierten Theodor-Wanner-Preis an Personen, die für den Dialog der Kulturen eintreten, auf sich aufmerksam macht.

Die älteste Kulturorganisation für das Ausland ist aber der Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA), der schon 1881 als „Allgemeiner Deutscher Schulverein“ gegründet wurde und dem Persönlichkeiten wie die Historiker Theodor Mommsen und Heinrich von Treitschke angehörten. In den Spitzenjahren nach dem Ersten Weltkrieg, als es darum ging, die deutsche Kultur in den durch den Versailler Vertrag verlorengegangenen deutschen Gebieten zu bewahren, zählte der Verein über 2,5 Millionen Mitglieder.

Jetzt hat er bald keine mehr, denn der VDA hat Insolvenz beantragt und befindet sich in Auflösung. Der Verein, der sich die Förderung des

Schulunterrichts im Ausland auf die Fahnen geschrieben hat, ist auch ein Opfer der Politik. Bis zur rot-grünen Regierung im Jahr 1998 erhielt er noch Millionenzuwendungen vom Auswärtigen Amt. Doch während das Goethe-Institut jährlich mit gut 240 Millionen Euro gepöppelt wird, findet der VDA keine Sympathien mehr bei der jetzigen Bundesregierung. Zwei Dinge mögen dafür ausschlaggebend sein: Späte Rache für die Rolle des Vereins während der NS-Zeit und die Tatsache, dass heutzutage Ausländer in Deutschland wichtiger scheinen als Deutsche im Ausland. Also meuchelt man lieber eine lange Tradition. *Harald Tews (siehe auch Seite 9)*

MELDUNGEN

Däne wird OB in Rostock

Rostock – Ein in Dänemark geborener Unternehmer hat in Rostock die Stichwahl zum Oberbürgermeister gewonnen. Damit wurde erstmals ein EU-Ausländer Oberhaupt einer deutschen Stadt. Claus Ruhe Madsen kam im Alter von 20 Jahren als Mitarbeiter eines dänischen Möbelhauses nach Deutschland. Eigentlich wollte er nur ein Jahr bleiben, aber fünf Jahre später gründete er in Rostock mit Partnern die Möbel Wikinger GmbH und wurde deren Geschäftsführer. Von 2013 bis 2019 war er ehrenamtlicher Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Rostock und kam als Parteilosler in die Politik. Seine Kandidatur wurde zunächst nur von der FDP und später auch von der CDU unterstützt. Immerhin war sein Gegenüber in der Stichwahl der Sozialsenator von der Linkspartei. Nun ist Rostock die erste deutsche Großstadt, die von einem Dänen regiert wird, sonst wäre es die erste Großstadt geworden, die von einem Politiker der Linkspartei regiert worden wäre. Die Dänen bilden im Nachbarbundesland Schleswig-Holstein eine nationale Minderheit in Deutschland. Es gibt dort sogar mit dem südschleswigschen Wählerverband (SSW) eine eigene dänische Partei, die als Minderheitenpartei von der Fünf-Prozent-Klausel ausgenommen ist. So konnte sie bereits zweimal Mehrheitsbeschafferin einer linken Landesregierung in Kiel sein, aber noch nie eine Großstadt erobern, lediglich einige kleinere Orte im deutsch-dänischen Grenzgebiet. Auf das Dänische in seiner Biografie hat Claus Ruhe Madsen, denn auch weniger Wert gelegt, obwohl er seinen dänischen Pass bis heute behalten hat. *B.B.*

Fünf Jahre Gedenktag

Berlin – Die Vertreibung von rund 15 Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat in Schlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Ost- und Westpreußen, Danzig, im Weichsel-Warthe-Raum, im Baltikum, im Sudetenland, im Karpaten- und Donauraum sowie in den deutsch besiedelten Gebieten Russlands und der Ukraine stellt bis heute die größte Zwangsumsiedlung weltweit dar. Seit 2014 wird am 20. Juni in Berlin der bundesweite Gedenktag an die Opfer von Flucht und Vertreibung begangen. In seiner Festrede betonte Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), wie notwendig und sinnstiftend das Gedenken und Erinnern an Flucht und Vertreibung für unsere Gesellschaft seien. Fabritius bemängelte, dass es „noch nicht einmal in unserem vereinten Europa eine klar normierte Festlegung und Ahndung ethnischer Säuberungen gibt“. Eine solche fordere der BdV schon lange. Die Unionsparteien haben diese Forderung in das gemeinsame Wahlprogramm zur Europawahl aufgenommen. Die Umsetzung lässt allerdings auf sich warten. Die niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Editha Westmann sieht den Gedenktag als Grundlage einer Auseinandersetzung junger Menschen mit der Geschichte. Die Schrecken von Flucht und Vertreibung sowie die schwierige Zeit nach der Ankunft im Westen dürften nicht in Vergessenheit geraten. Am 20. Juni wird auch der internationale Weltflüchtlingstag der UN begangen. Das Flüchtlingshilfswerk der UN beziffert die Zahl der Menschen, die auf der Flucht sind oder vertrieben wurden, akutell mit 70 Millionen weltweit. *MRK*

Nach Jahren des politisch korrekten Wegsehens und Marginalisierens beim Thema Clankriminalität liefern einzelne Bundesländer sich nun sogar einen Wettlauf, wer schneller, härter und erfolgreicher gegen die Mafias Deutschlands vorgeht.

Jahrzehntelange wurde fast nichts getan, jetzt überbieten sich einige Bundesländer im Kampf gegen die Clankriminalität. Niemand weiß genau, zu welcher Dimension das Problem Clankriminalität in Deutschland bereits angewachsen ist. Die kriminellen Mafias der Clans durchziehen Deutschland schon seit Jahrzehnten, mit allerdings immer spektakulärer und frecher werdenden Verbrechen, wie der Mord eines Clanmitglieds auf offener Straße oder ein Pokerraub während laufenden Spielbetriebs. Clanmitglieder stellen ihre Arroganz und Macht beispielsweise bei Hochzeiten immer mehr öffentlich aus. Dazu gehört auch das Vorzeigen extrem teurer Autos oder Uhren durch Hartz-IV-Bezieher. Wissenschaftlichen Forschungen von Clanspezialisten, die selbst aus dem Nahen Osten stammen, wie Ralf Ghadban oder Ahmed Mansour, bescheinigen, dass es fünf nach zwölf ist. Sie legen dar, dass die Clanbildung eine Folge einer verfehlten Asylpolitik ist. Eine solche Kritik galt jedoch während der Asylkrise, als es hieß, „Wir schaffen das“, als nicht opportun.

Irgendwann war es jedenfalls zu viel. Politik, Polizei und Justiz haben der Clankriminalität den Kampf angesagt. Viel häufiger als früher gibt es Razzien. Gesetze wurden verschärft, Vermögen von Verdächtigen beschlagnahmt. Mitglieder dieser Verbrecherclans sahen Deutschland als Beute, erklärte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). Es stellt sich die Frage, ob man mit den derzeitigen Mitteln und Möglichkeiten den Siegeszug der Clans überhaupt noch stoppen kann, denn täglich kommen via Asyl neue Clankandidaten ungebremst in ein Land, das schon lange mit ihnen nicht mehr fertig wird.

Ziel des Forums Deutscher Katholiken ist die Förderung der Verkündigung des katholischen Glaubens nach der Lehre der Kirche, gemäß dem Katechismus der katholischen Kirche“, sagt Hubert Gindert, Gründer und Sprecher des Forums Deutscher Katholiken, das Mitte Juni den dreitägigen Kongress „Freude am Glauben“ unter dem Motto „Ohne Gott – keine Zukunft“ veranstaltet hat.

Der Vertreter des Papstes in Deutschland, der Apostolische Nuntius (Botschafter) Erzbischof Nikola Eterovic, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx, und der Bayerische Ministerpräsident, Markus Söder, wünschten den Teilnehmern in schriftlichen Grußworten einen gesegneten und erfolgreichen Verlauf.

Der Regensburger Oberhirte Rudolf Voderholzer eröffnete den Kongress im Beisein seines emeritierten Amtsbruders Bischof Walter Mixa mit einem Pontifikalamt im vollbesetzten Liebfrauenmünster. Voderholzer sprach sich gegen die Weihe von Frauen aus, begrüßte zugleich das jüngste Dokument des Vatikans zum Thema Gender. „Dass es die Bildungs-

Zum ersten Mal war das Thema Clankriminalität nun weit oben auf der Prioritätenliste einer Innenministerkonferenz. In Kiel berieten die Ressortchefs aus Bund und Ländern, wie man sich aus dem Griff der Großfamilien lösen könne. Nordrhein-Westfalen, wo seit 2017 Herbert Reul als Innenminister für die innere Sicherheit zuständig ist, hat vor Kur-

ren Raub, Prostitution, Drogenhandel und Körperverletzung. In nur wenigen Jahren haben Clankriminelle große Vermögen angehäuft und beziehen weiterhin Hartz IV. Heute verbinden sich ganze Clans miteinander und werden so noch stärker. So gelingt es ihnen besser, große Teile ihrer Beute in den normalen Geldkreislauf zurückzubringen.

nicht abgeschoben werden konnten, da sie ja Staatenlose waren. Anstatt Abschiebung folgte auch nach dem Ende der DDR und des „Berliner Lochs“ eine weitere Massenzuwanderung von staatenlosen Clanmitgliedern aus dem Libanon, darunter jetzt vor allem Palästinenser, die wiederum nicht abgeschoben werden konnten. Während jahrzehntelangen Dul-

waltschaft eine eigene Spezialabteilung mit dem Abschöpfen von kriminellem Vermögen beschäftigt. Vorgesehen sind künftig auch verstärkte Kontrollen gegen Firmen im Kfz-Handel, Shisha-Bars, Spielhallen und Wettbüros. Trotz jahrzehntelanger Erfolglosigkeit sollen Möglichkeiten von „aufenthaltsbeendenden Maßnahmen, Rückführungen und Überstellun-



Unter den Landesinnenministern ist insbesondere der nordrheinwestfälische durch eine medienwirksame Enttabuisierung des Problems Clankriminalität hervorgetreten: Herbert Reul bei einer Polizeirazzia im Bochumer Bermudadreieck *Bild: action press*

zum, weil das bevölkerungsreichste deutsche Bundesland besonders betroffen ist, ein Lagebild erstellt. Das Ergebnis verschlug wegen der Ausmaße manchem Innenexperten die Sprache. Allein in NRW zählt die Polizei 104 kriminelle Clans. Zwischen 2016 und 2018 sollen Clanmitglieder für mehr als 14 000 Straftaten verantwortlich gewesen sein. Dazu gehö-

Viele kriminelle Mitglieder von kurdisch- oder arabischstämmigen Großfamilien sind bereits in den 1980er Jahren via Asyl nach Deutschland gekommen. Die ersten waren die Mhallamiye-Kurden, die als Staatenlose aus dem Libanon via DDR durch das „Berliner Loch“ in die Bundesrepublik kamen und im Asylverfahren geduldet werden mussten, weil sie

dungsphasen, in denen eine Arbeitsaufnahme nicht gestattet war, begannen einige dann, auf illegale Weise ihr Einkommen aufzubessern, und machten daraus ihr Geschäftsmodell.

Berlin zog vor einem Jahr 77 Immobilien einer Clanfamilie, die mit kriminellen Vermögen gekauft worden waren, vorläufig ein. Künftig soll sich bei der Staatsan-

gen“ wieder ins Auge gefasst werden. Die Minister stellten zudem fest, dass ein „wichtiger Einflussfaktor“ für die Begehung der Straftaten ein in der Heimat vorherrschendes Wertesystem sei, das mit der Rechtsordnung hierzulande nicht vereinbar sei. Der Begriff Islam fiel hier zwar nicht, aber jeder wusste, dass dies damit gemeint war. *Bodo Bost*

Kirchenerneuerung statt Zeitgeistanpassung

19. Kongress »Freude am Glauben« – Resolution gegen Verlust der Meinungsfreiheit beschlossen

kongregation ist, die das erste der angekündigten Dokumente zu dieser Frage veröffentlicht, hängt mit der von Papst Franziskus schon oft kritisierten „ideologischen Kolonisierung“ zusammen, durch die gerade über den Weg der Erziehung der Kinder und Jugendlichen die Schöpfungswirklichkeit untergraben wird“, sagte der Regensburger Bischof.

In seiner Einführung in das Programm des Kongresses dankte Gindert Bischof Vorderholzer dafür, dass er immer wieder in klaren und unmissverständlichen Worten die Lehre der Kirche betone, wenn wieder einmal „ein Tsunami durch die kirchliche Landschaft“ ziehe. Bezogen auf den Veranstaltungsort betonte Gindert die kirchengeschichtliche Bedeutung Ingolstadts. Für die Selbstreform der Kirche im 16. Jahrhundert sei diese Stadt von großer Bedeutung – denn mit Johann Eck, Petrus Canisius und Jakob Rem wirkten hier Geistliche, die uns an die Aufgabe der Neuevangelisierung von heute erinnern.

Höhepunkt des ersten Kongresstages war für die meisten der rund 1300 Teilnehmer die Rede des Schirmherrn des Kongresses,

des ehemaligen (und schon lange aus der CDU ausgetretenen) Ministerpräsidenten Werner Münch zum Thema „Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit“. Seine Gedanken spiegeln sich wider in einer Resolution der Teilnehmer, in der sich diese gegen einen Verlust an Rechtsstaatlichkeit und Freiheit, vor allem der Meinungsfreiheit, zur Wehr setzen. Die zentralen Defizite in Bezug auf diese beiden Säulen in einer Demokratie wurden unter anderem an den Punkten Ehe und Familie, „political correctness“, „gender mainstreaming“, Lebensschutz und Einwanderung verdeutlicht und kritisiert. Wer das alles kritisiere, werde als „Fundamentalist, Rechtsradikaler oder Faschist“ diffamiert.

Den zweiten Kongresstag prägte – nach einem feierlichen Hochamt in der außerordentlichen Form des römischen Ritus in der Moritzkirche – eine hochkarätige Podiumsdiskussion zum Thema „Mensch bleiben in der Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts“ sowie ein Vortrag des ehemaligen Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes Josef Kraus, der sich mit der Verantwortung der Medien in der digitalen Welt beschäftigte.

Würdiger Abschluss des Tages war eine eindrucksvolle abendliche Marienprozession vieler Hundert Teilnehmer mit Marienweihe von der Franziskanerbasilika durch die barocke Altstadt zur Moritzkirche.

Der viel beachtete und theologisch bestechende Abschlussvortrag des Trierer Kirchenrechtlers Christoph Ohly beschäftigte sich mit dem Thema „Eucharistie und Priestertum“. Im Gegensatz zu vielen seiner „modernen“ Professorenenkollegen betrachtet Ohly, der auch Vorsitzender des „Ratzinger-Schülerkreises“ ist, beides „als unersetzbares Geschenk des Herrn an seine Kirche, welches zu Dankbarkeit auffordert und zu Gehorsam und Verantwortung gegenüber dem darin erkennbaren Willen Gottes“.

In einer weiteren Resolution forderten die Teilnehmer, „das Evangelium wieder zum Leuchten zu bringen“. Die Situation der deutschen Ortskirche sei durch Verwirrung, Frustration und Spaltung gekennzeichnet. Daher unterstützte die Kongressgemeinde den Weg Bischof Vorderholzers, der eine Erneuerung der Kirche nicht von einer Anpassung an den Zeitgeist erwartet: „Die Ge-

schichte zeigt, dass wahre Erneuerung immer aus einem tiefen Gehorsam gegenüber der Botschaft des Evangeliums, aus einer verstärkten Bemühung um Katechese und Verkündigung sowie aus einer radikalen Christusnachfolge erwachsen sind“.

Feierlicher Abschluss des Kongresses war schließlich das Pontifikalamt des Eichstätter Ortsbischofs Gregor Maria Hanke, der den Teilnehmern dankte und sie bestärkte, nicht mutlos zu werden, sondern mit dem „Kraftwerk Freude am Glauben“ nach der Wahrheit zu suchen und für sie einzustehen. Im Mittelpunkt der Predigt des Benediktiners stand am Dreifaltigkeitssonntag ebendiese; sie sei zwar ein „schweres Geheimnis“, offenbare sich aber in den Wegweisungen Christi.

Der nächste Kongress „Freude am Glauben“ wird vom 12. bis 14. Juni 2020 in Ingolstadt stattfinden. *Roger Zörb*

Der Autor ist Vorsitzender des Bundes Katholischer Rechtsanwälte und der Gesellschaft zur Förderung christlicher Verantwortung sowie Herausgeber dreier Festschriften für Benedikt XVI.

Hans-Georg Maaßen auf Sächsisch?

Nach dem Verfassungsschutzchef des Bundes wird nun der des Freistaates in Sachen Chemnitz attackiert

Im November 2018 musste Hans-Georg Maaßen seinen Posten als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz räumen. Nun werden auch gegen den Chef des sächsischen Verfassungsschutzes Rücktrittsforderungen laut.

Abermals stehen die Rücktrittsforderungen im Zusammenhang mit der Bewertung von Ereignissen in der Stadt Chemnitz. Hans-Georg Maaßen hatte vergangenes Jahr Zweifel geäußert, dass es bei Protesten in der sächsischen Stadt zu Hetzjagden auf Ausländer gekommen sei. Gordian Meyer-Plath, der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen, steht nun unter scharfer Kritik, weil seine Behörde das Konzert „wirsindmehr“ im Verfassungsschutzbericht 2018 erwähnt. Das Konzert hatte am 3. September 2018 in Chemnitz stattgefunden und war als Gegenveranstaltung zu Protesten konzipiert, zu denen es nach einer tödlichen Messerattacke auf einen Deutsch-Kubaner am Rande des Stadtfestes gekommen war. Derzeit verhandelt das Landgericht Chemnitz den Fall. Angeklagt ist ein Syrer wegen gemeinschaftlichen Totschlags. Ein weiterer Tatverdächtiger aus dem Irak ist noch immer auf der Flucht. Die Gewalttat hatte in Chemnitz im vergangenen Jahr zu Protesten gegen die Immigrationspolitik geführt. Linke Gruppen mobilisierten wiederum zu Gegenveranstaltungen wie etwa „wirsindmehr“.

Bereits im vergangenen Jahr war vereinzelt Kritik an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier laut geworden. Er hatte auf seiner Facebook-Seite einen Hinweis auf das Konzert in Chemnitz „wirsindmehr“ geteilt.

Die sächsischen Verfassungsschützer schreiben in ihrem Jahresbericht 2018 zu dem Konzert „wirsindmehr“ nun: „Bei der Konzertveranstaltung unter dem Motto „#WIRSINDMEHR“ mit ca. 65 000 Besuchern trat auch die linksextremistische Band Feine Sahne Fischfilet aus Mecklenburg-Vorpommern auf. Im Publikum

wurden Fahnen der Antifaschistischen Aktion und Banner der YPG gezeigt. Im Verlauf der Veranstaltung wurden u. a. die Parolen ‚Nazis raus!‘ und ‚Alerta, alerta, Antifaschista!‘ skandiert.“

Bereits in der Vergangenheit hatte sich der Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern mit der Musikgruppe Feine Sahne Fischfilet beschäftigt und sie mehrfach in Jahresberichten erwähnt. Ins Visier

Auch der sächsische Innenminister Roland Wöller (CDU) distanziert sich inzwischen von der Einschätzung des Verfassungsschutzes. Über Twitter bezeichnete Wöller das Konzert als ein „klares Zeichen gegen Rechtsextremismus“. Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) teilte ebenfalls über Twitter mit, er habe das Konzert als „eine ganz großartige Sache empfunden“. „Die fünf

nach Potsdam geladen worden. Der dort eingerichtete NSU-Untersuchungsausschuss hat sich insbesondere mit den Aktivitäten des V-Manns Carsten Szczepanski, alias „Piatto“, beschäftigt. Dieser hatte im Jahr 1998 dem brandenburgischen Verfassungsschutz mehrmals Hinweise auf das flüchtige Trio gegeben, das später als NSU bekannt wurde. Meyer-Plath war bis zum Jahr 2013 Mitarbeiter des

richten prüft die Potsdamer Staatsanwaltschaft nun, ob der Anfangsverdacht einer Straftat besteht.

Teile der „Die Linke“-Parteibasis und der Anhängerschaft dürften die Kritik am sächsischen Verfassungsschutzchef durchaus auch als willkommenes Signal verstehen. Gerade in Brandenburg hat die Linkspartei in Sachen Verfassungsschutz nämlich einen erstaunlichen Spagat vorgeführt. In dem Ab-



Mit der Vorabfassung des von links kritisierten Sächsischen Verfassungsschutzberichts 2018: Günther Schneider, Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium des Innern, und Gordian Meyer-Plath, Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz (v.l.)

Bild: pa

geraten ist die Punkband wegen Textzeilen wie, „Die nächste Bulenwache ist nur ein Steinwurf entfernt“.

Scharfe Kritik an der Einstufung des Konzerts „wirsindmehr“ als teilweise linksextrem, äußerte Sachsens SPD-Chef und Stellvertreter des Ministerpräsidenten Martin Dulig. Dulig sagte, das Konzert sei eine eindrucksvolle Stellungnahme für ein weltoffenes Chemnitz gewesen.

Zeilen im Verfassungsschutzbericht bewerten weder Veranstaltung noch Veranstalter“, so der CDU-Politiker.

Zusätzlicher Druck auf Sachsens Verfassungsschutzchef kommt aus dem benachbarten Brandenburg. Dort wirft ihm der „Die Linke“-Politiker Volkmars Schöneburg Falschaussagen vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss vor. Meyer-Plath war bereits im vergangenen Jahr als Zeu-

brandenburgischen Verfassungsschutzes. Ende der 90er Jahre war Meyer-Plath auch ganz direkt mit der Führung der Quelle „Piatto“ betraut.

Aus Sicht von Volkmars Schöneburg, Obmann von „Die Linke“ im Untersuchungsausschuss, hat Sachsens Verfassungsschutzchef im Potsdamer Landtag widersprüchliche Aussagen zu Postlieferungen an den damals inhaftierten V-Mann „Piatto“ gemacht. Laut Medienbe-

schlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses hat die „Die Linke“-Fraktion die Empfehlung nach Abschaffung des Verfassungsschutzes hineingeschrieben. Als Teil der Regierungskoalition stimmte die „Die Linke“-Fraktion aber vor Kurzem im Landtag wiederum einem neuen Verfassungsschutzgesetz samt neuen Befugnissen zu und nickte auch eine deutliche Personalaufstockung beim Verfassungsschutz ab. *Norman Hanert*

MELDUNG

Ein Orden für fast jeden

Berlin – Irgendwo in einem Keller im Bereich des Bundesverteidigungsministeriums lagern 10 000 Veteranenabzeichen der Bundeswehr. Beschafft wurden sie unter dem früheren Verteidigungsminister Thomas de Maizière. Ausgegeben wurden sie allerdings nicht, weil sich Ministerium, Truppe und Soldatenverbände nicht auf eine Definition des Veteranenbegriffs verständigen konnten. In einem Tagesbefehl legte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen im November vergangenen Jahres kurzerhand fest: „Veteranin oder Veteran der Bundeswehr ist, wer als Soldatin oder Soldat der Bundeswehr im aktiven Dienst steht oder aus diesem Dienstverhältnis ehrenhaft ausgeschieden ist, also den Dienstgrad nicht verloren hat.“ Also so ziemlich jeder, der irgendwann einmal für wie lange auch immer Soldat der Bundeswehr war. Außerdem hatte die Ministerin „angewiesen, Vorschläge zu erarbeiten, wie die Würdigung der Veteranen weiter ausgestaltet werden kann“. Herausgekommen ist das vergessene Veteranenabzeichen aus der Erbmasse de Maizières. Aus Anlass des Tages der Bundeswehr hat von der Leyen am vorvergangenen Sonntag die ersten Abzeichen verliehen. Jeder, der unter die Veteranen-Kategorie fällt, kann das Abzeichen beim Personalamt (Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr, VI 1.1, Luisenstraße 109, 53721 Siegburg, BAPersBWVIVeteranenabzeichen@bundeswehr.org) beantragen. Es wird dann auf dem Postweg zugestellt. Aktive Soldaten können das Abzeichen zentral über ihren Truppenteil beantragen und erhalten es auch dort ausgehändigt. Mit der Verleihung dürfte es allerdings etwas länger dauern. Denn erst einmal müssen Millionen der Anstecker in Form eines Eisernen Kreuzes mit Bundesadler beschafft werden. *J.H.*

Fischer kritisiert Merkel

Ex-Vizekanzler sprach vom »Fluch über dem deutschen Kanzleramt«

Nach Ansicht Joschka Fischers hat Bundeskanzlerin Angela Merkel den richtigen Zeitpunkt für ihren Rückzug verpasst. Der grüne ehemalige Vizekanzler und Außenminister verglich Merkel in diesem Zusammenhang mit dem ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer, der nicht aufhören konnte und so den richtigen Zeitpunkt für den Abtritt verpasste. Fischer sprach in dieser Hinsicht sogar von einem „Fluch über dem deutschen Kanzleramt“.

Anlass zu dieser Kritik gab ihm ein Aufenthalt in Österreich, wo der 71-Jährige in seiner Eigenschaft als Berater und Lobbyist unterwegs war. Dort stellte er sich Fragen von Schülern eines Gymnasiums und der Lokalzeitung in Vorarlberg.

Bei der Gelegenheit äußerte er sich auch kritisch gegenüber grünen Forderungen nach Verzicht zugunsten des Klimaschutzes. Anders als weite Teile seiner Partei setzt der Realo-Grüne in der Klimapolitik erklärtermaßen statt auf Verzicht auf technischen Fortschritt und die Wirtschaft. Die Grünen könnten nicht das erreichen, was 2000 Jahre Christentum nicht erreicht hätten, nämlich aus Verzicht eine Geisteshaltung eines ganzen Volkes zu

machen. Auf Mobilität könne nicht verzichtet und sie könne auch nicht ersetzt werden, die Grünen seien nicht naiv. Positiv äußerte sich Fischer über die von Greta Thunberg angeführten „Fridays for Future“-Jugendproteste. Die Jugend müsse sich Gedanken über ihre Zukunft machen, da es ja um sie gehe. Frühvergeiste 16-Jährige gäbe es bereits zur Genüge.

Zur Außenpolitik meinte der Ex-Außenminister, Europa drohe im Duell bei technologischen In-

Kritik an Forderung nach Verzicht für den Klimaschutz

novationen zwischen den USA und China wirtschaftlich unterzugehen. Er nannte als Beispiel die aktuelle Situation um Huawei und die deutsche Autoindustrie. Wenn die EU nicht umsteuere, werde sie im Wettkampf mit China endgültig ins Hintertreffen geraten. China habe bereits vier vergleichbare Plattformen wie Silicon Valley, während es in Europa keine einzige gebe. Während China bereits Entscheidungen treffe, werde in Europa erst diskutiert, beklagte Fischer. Die EU habe sich immer

von Krisen treiben lassen, Strategien für die Zukunft seien dabei zu kurz gekommen, erklärte er und interpretierte hingegen die hohe Wahlbeteiligung bei den jüngsten Europawahlen als ein Hoffnungszeichen. Sein Instinkt sage ihm, dass sich Europa „an der Schwelle eines Aufbruchs befindet“. Die Parteien seien nun herausgefordert, etwas aus dem Vertrauensvorsprung der Wähler zu machen.

Zu seiner eigenen Partei befragt, erklärte Fischer, dass Deutschlands Grüne wegen der SPD-Schwäche jetzt eine „gewaltige Verantwortung“ hätten. Den Grünen spiele „das Drama der deutschen Sozialdemokratie“ in die Karten. Fischer, der Architekt der ersten rot-grünen Bundesregierung, sieht Deutschland in einer „Übergangsphase“, ohne zu sagen, wohin die Reise seines Erachtens geht.

Die SPD sieht Fischer noch nicht am Ende. Die SPD sei immer mehr als nur eine parlamentarische Partei gewesen, nämlich die Garantin für die deutsche Demokratie. Daran erwachse ihr auch heute eine gewaltige Verantwortung, auch gegenüber den Grünen, sagte Fischer in Anspielung auf Umfragen, nach denen die Grünen doppelt so stark sind wie die SPD. *Bodo Bost*

Preußische Allgemeine Zeitung

**Woche für Woche
Orientierung in der Medienflut
Klartext für Deutschland**

Probeabo anfordern:
vertrieb@preussische-allgemeine.de
Telefon 040-41 40 08 42
Fax 040-41 40 08 51

Zeitzeugen



William R. Graham – Für den früheren Vorsitzenden der Commission to Assess the Threat to the United States from Electromagnetic Pulse Attack steht fest, dass ein EMP-Angriff auf die USA „das Stromnetz auf unbestimmte Zeit stilllegen und innerhalb eines Jahres zum Tod von bis zu 90 Prozent aller Amerikaner führen könnte“ – verursacht durch Hunger, Krankheiten und Gewalt.

Arthur Holly Compton – Bereits 1923 entdeckte der US-amerikanische Physiker und Nobelpreisträger des Jahres 1927, dass radioaktive Strahlung einen Elektronenstrom freisetzt, wenn sie auf Luftmoleküle in den oberen Schichten der Atmosphäre trifft. Hieraus resultiert dann der elektromagnetische Impuls (EMP) bei der Zündung von Kernwaffen in großer Höhe.



Glenn T. Seaborg – Der US-Chemiker und Kernphysiker war an der Entdeckung der Elemente Plutonium, Americium, Curium, Berkelium, Californium, Einsteinium, Fermium, Mendelevium, Nobelium und Seaborgium beteiligt – letzteres wurde dann auch nach ihm benannt. Von 1961 bis 1971 fungierte der Nobelpreisträger als Vorsitzender der United States Atomic Energy Commission (AEC), unter deren Aufsicht 1962 der erste EMP-Waffentest über dem Pazifik erfolgte.

Peter Vincent Pry – In seiner Eigenschaft als wissenschaftlicher Berater der Commission to Assess the Threat to the United States from Electromagnetic Pulse Attack beschwor der Mitarbeiter des US-Gheimdienstes CIA im Juli 2017 das Szenario einer gleichzeitigen EMP-Attacke Chinas, Russlands, Nordkoreas und des Iran gegen die Vereinigten Staaten herauf: „Wie beim Krieg des antiken militaristischen Sparta gegen das demokratische Athen, als sich Sparta gegen Athen mit allen anderen, von Tyrannen regierten Stadtstaaten verbündet hat, sind die Eliten von Moskau, Peking, Pjöngjang und Teheran durch ihre Furcht vor der Freiheit und ihren Hass auf sie vereint.“



Kim Jong-un – Nach Meinung von Experten wie Pry und Graham könnte der nordkoreanische Diktator über EMP-Waffen verfügen, die in den „Erdbeobachtungssatelliten“ Kwangmyongsong-2, -3 oder 4 auf ihren Einsatz gegen die USA warten.

Kämpfen mit Impulsen

Elektromagnetische Strahlung kann strategisch wie taktisch genutzt werden

EMP-Waffen erzeugen starke elektromagnetische Impulse. Diese können elektronische Bauteile zerstören und so die gesamte technische Infrastruktur des Gegners lähmen. Deshalb geht von solchen Waffen eine enorme Gefahr für die westlichen Industriestaaten aus, die derzeit aber nicht ausreichend ernst genommen wird.

Als die Atomkräfte USA und Russland ihre Kernwaffen noch in den oberen Schichten der Atmosphäre testeten, stellte sich heraus, dass nukleare Explosionen in großer Höhe über der Erdoberfläche zu einer massiven Stoßionisation führen. Dabei rasen unzählige, durch die radioaktive Strahlung freigesetzte Elektronen in Richtung der unteren Luftschichten, wo sie in Metallen und Halbleitern kurzzeitig extrem starke und zugleich schwankende Ströme induzieren. Dieser hochenergetische elektromagnetische Impuls (electromagnetic pulse, EMP) hätte verheerende Folgen, wenn er ein hochtechnisiertes Land trafe. In

nicht ausreichend abgeschirmten Geräten, die elektronische Bauteile enthalten, wie beispielsweise Computern, käme es zu deren Ausfall oder gar deren Zerstörung. Und das wiederum könnte unter anderem zur Lahmlegung der Strom-, Wasser- und Nahrungsmittelversorgung, der digitalen Kommunikation, des Zahlungsver-

Die USA, Russland und China haben bereits EMP-Waffen

kehrs, der Transportsysteme sowie anderer Bereiche der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens führen. Darüber hinaus würden vermutlich die Reaktorblöcke in den Kernkraftwerken außer Kontrolle geraten – mit unabsehbaren Konsequenzen. Allein in den USA beträfe dies knapp 100 Atommeiler. Und natürlich droht zugleich der Ausfall eines Großteils der Militärtechnik, wenn diese nicht entsprechend „gehärtet“ ist.

Waffen, die EMP auszulösen vermögen, befinden sich sowohl im Besitz der Vereinigten Staaten als

auch Russlands und Chinas. Inzwischen kommen manche davon sogar ohne nukleare Sprengsätze aus und können in Bodennähe gezündet werden. Das schränkt den Wirkungskreis ein und erlaubt sehr präzise Schläge. Beispiele hierfür sind der von Boeing und Raytheon entwickelte CHAMP-Flugkörper und das russische „Alabuga“-System.

Solche taktischen EMP-Waffen könnten relativ leicht in die Hände von islamischen Terroristen geraten. Dann wären Szenarien wie ein EMP-Angriff auf Rom oder Tel Aviv nicht auszuschließen. Raketen mit einem Impulserzeuger könnten von Frachtern im Mittelmeer starten oder Stratosphärenballons, an denen ein Impulserzeuger hängt, könnten zum Einsatz kommen. Ansonsten bieten sich EMP- wie atomare, biologische oder chemische Waffen als Mittel der Abschreckung für mili-

tärisch Unterlegene in asymmetrischen Konflikten an, wie sie derzeit unter anderem zwischen der Supermacht USA und dem Iran oder Nordkorea im Bereich des Möglichen liegen.

Warnungen vor den Folgen des Einsatzes von EMP-Waffen durch Gegner aller Art kamen in der Vergangenheit vor allem von der 2001 vom Kongress in Washington eingesetzten Commission to Assess the Threat to the United States from Electromagnetic Pulse Attack (Kommission zur Bewertung der Bedrohung der Vereinigten Staaten durch elektromagnetische Impulse). Die Zündung einer nuklearen EMP-Waffe in rund 400 Kilometern Höhe über dem US-Bundesstaat Nebraska würde im Umkreis von 4400 Kilometern die digitale Infrastruktur und das Stromnetz zerstören oder zumindest schwer beschädigen. Die Kommission existierte bis zum September des Jahres 2017, dann wurde sie von der Trump-Administration aufgelöst.

Wolfgang Kaufmann



Zeigte erstmals die Schlagkraft elektromagnetischer Impulse: Starfish Prime

Bild: U.S. Navy

Unterschätztes Phänomen

Ein Kernwaffentest zeitigte 1962 unerwartete Folgen

Erste konkrete Vorstellungen von den Auswirkungen eines elektromagnetischen Impulses (EMP) auf die Infrastruktur ihres Landes bekamen die US-Militärs am 9. Juli 1962 anlässlich des Kernwaffentests „Starfish Prime“ kurz vor dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Hierbei handelte es sich um die Wiederholung des Tests „Starfish“, der im Monat zuvor gescheitert war, weil die ballistische Mittelstreckenrakete vom Typ „Thor“ mit dem thermonuklearen Sprengkopf W-49 bereits in neun Kilometern Höhe explodierte, ohne dass die Kernwaffe dabei zündete. Diesmal ging alles glatt und die Detonation mit einer Stärke entsprechend 1,45 Megatonnen TNT erfolgte um 23 Uhr nach Honolulu-Zeit knapp 400 Kilometer über dem Johnston-Atoll, das rund 1450 Ki-

lometer westsüdwestlich von Hawaii liegt.

Die Explosion erzeugte polarlichtähnliche Erscheinungen über Hawaii und dem fast 4000 Kilometer entfernten Atoll Kwajalein, die etwa sieben Minuten anhielten. Darüber hinaus entstand ein

Ein Vertrag beendete im Folgejahr 1963 die weitere Erforschung

elektromagnetischer Impuls, der deutlich stärker ausfiel als erwartet. Seine Auswirkungen waren auch noch auf den dicht besiedelten Hawaii-Inseln zu spüren. So fielen dort hunderte Straßenlaternen und eine Richtfunkantenne für den Telefonverkehr aus, während überall die Alarmanlagen

schrillten und tote Leitungen plötzlich wieder unter Strom standen. Außerdem führte die freigesetzte Strahlung in der Folgezeit dazu, dass sieben künstliche Erdtrabanten ihren Dienst aufgaben, darunter der erste zivile US-Kommunikationssatellit „Telstar“ und der erste britische Satellit „Ariel 1“.

Heute, im Digitalzeitalter, würden die Schäden an der Infrastruktur am Boden ungleich größer ausfallen. Aber auch damals schon versetzten die Auswirkungen von „Starfish Prime“ das Militär der Vereinigten Staaten in erhebliche Unruhe. Eine weitere Erforschung des EMP-Phänomens unterblieb jedoch wegen des Abschlusses des Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser im August 1963. W.K.

Wie kann man sich schützen?

Die einzige Möglichkeit, Schäden durch einen elektromagnetischen Impuls (EMP) zu vermeiden, besteht darin, die entsprechenden elektronischen Systeme zu „härten.“ Das kann beispielsweise durch die Verwendung von Glasfaserkabeln geschehen, die gegen eine Induktion infolge Stoßionisation immun sind. Ansonsten bieten sich Abschirmungen nach dem Prinzip des Faradayschen Käfigs und spezielle Schutzschaltungen an. Ebenso ist die Verlegung von unverzichtbaren Einrichtungen unter die Erde ein probates Mittel.

Die USA haben bisher rund 400 Kriegsschiffe und die meisten Maschinen ihrer strategischen Atombomberflotte gegen Angriffe mit EMP-Waffen gehärtet. Das Gleiche gilt für rund 150 der 600 wichtigsten Radio- und Fernsehstationen der Vereinigten Staaten. Gleichzeitig ist aber nicht einmal die Supermacht USA in der Lage, all ihre sensiblen Infrastruktureinrichtungen zu schützen. So sehen sich die US-Energiekonzerne angesichts zu erwartender „astronomischer

»Astronomische Kosten«

Kosten“ außerstande, das gesamte Stromnetz des Landes abzuschern. Dies könnte dann im Falle eines EMP-Angriffs zum Ausfall unzähliger Umspannwerke führen, was insofern fatal wäre, als deren Wiederinstandsetzung Jahre dauern würde.

Allerdings gibt es auch Institutionen, die meinen, die Gefahr werde übertrieben. Beispielsweise behauptete das Electric Power Research Institute (EPRI) in Palo Alto (Kalifornien), bei einem EMP-Angriff auf die USA dürfe maximal die Energieversorgung in einzelnen Bundesstaaten zusammenbrechen.

Mittlerweile scheint der Trend in den besonders verletzlichen westlichen Industrieländern dahin zu gehen, die Wirksamkeit von EMP-Waffen herunterzuspielen, um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen. Außerdem kann die Politik so auch besser vermeiden, erklären zu müssen, wieso sie in den vergangenen Jahrzehnten keine größeren Anstrengungen unternommen hat, die Gesellschaft vor einer derart massiven Bedrohung zu schützen. W.K.

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrot; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich für Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Effizient wie eine Bombardierung

Staatliche Mietenkontrolle: Wie Rot-Rot-Grün Berlins Wohnungsmarkt ruiniert



Werden die eigentlichen Opfer staatlicher Gängelung von Vermietern sein: Mieter protestieren in Berlin

Bild: Imago images/Seeliger

Berlins rot-rot-grüner Senat will die Höhe der Mieten in der deutschen Hauptstadt einfrieren. Ähnliche Regelungen hat es auch schon im Ausland gegeben. Die dort gemachten Erfahrungen sprechen dafür, dass eine starke Deckelung der Mieten die Lage auf dem Wohnungsmarkt nur weiter verschlimmert.

Nachdem einige deutsche Städte bereits im Jahr 2015 eine Mietpreisbremse eingeführt haben, will der Berliner Senat nun noch einen Schritt weiter gehen. Spätestens ab Anfang des kommenden Jahres soll die Höhe der Miete für 1,5 Millionen Wohnungen in Berlin eingefroren werden. Dabei geht es um Wohnungen, die nicht preisgebunden sind. Ein entsprechendes Landesmietengesetz will die rot-rot-grüne Koalition im Herbst beschließen.

Gelten soll die Mietendeckelung für einen Zeitraum von fünf Jahren. Eckpunkte, die Berlins Bausenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) vorgelegt hat, sehen vor, dass Vermieter zumindest einige Modernisierungskosten auch in den kommenden Jahren noch auf die Miete aufschlagen dürfen. Diese Regelung soll einen Sanierungsstau verhindern. Eine Ausnahme plant der Senat auch für Neubauten. Dadurch

soll der Bau neuer Wohnungen attraktiv bleiben.

Die Ratingagentur Moody's warnt mit Blick auf die Pläne des rot-rot-grünen Senats dennoch vor einer sozialen Spaltung. Die Agentur sieht die Gefahr, dass sich Investoren vom Markt zurückziehen und sich die Zahl der Wohnungsneubauten verringert. Folge könnte ein steigender sozialer Druck sein. Für solche Befürchtungen sprechen tatsächlich die bisher gemachten Erfahrungen mit staatlichen Versuchen, auf dem Wohnungsmarkt die Mietpreise einzufrieren.

Im 20. Jahrhundert haben mehrmals Regierungen Verbote von Mieterhöhungen verhängt. In Deutschland gab es gleich mehrere entsprechende Regelungen. Bereits 1922 wurde ein Reichsmietengesetz eingeführt, mit dem die Mieten durch einseitige Erklärung auf die sogenannte „Friedensmiete“ mit Stichtag vom 1. Juli 1914 gesenkt werden konnten.

Die Nationalsozialisten verhängten 1936 einen Mietpreisstopp, der in der DDR bis zur deutschen Vereinigung galt. Auch im Westteil Berlins war bis zum Jahr 1988 eine Mietpreisbindung gültig. Andere Länder griffen ebenfalls

auf entsprechende Regelungen zurück. In Spanien wurden die Mietpreise nach dem Zweiten Weltkrieg über Jahrzehnte gedeckelt. Im Nachbarland Portugal verfügte der Staatsführer António de Oliveira Salazar im Jahr 1947 das Einfrieren der Mietpreise für Lissabon und Porto. In beiden Großstädten blieb bis zum Jahr 2006 eine reale Mietpreiserhöhung verboten.

Auch in den USA und in Großbritannien übten sich Verantwortliche in erheblichen staatlichen Eingriffen ins Mietrecht. Einzelne Städte in den USA,

wie etwa New York, haben über Jahrzehnte an entsprechenden Regelungen festgehalten. Auch in Großbritannien hat der Staat bis in die 1970er Jahre versucht, die Mieten

zu deckeln. Die Erfahrungen, die dabei gesammelt wurden, gleichen sich. Generell war zu beobachten, dass langfristig das Angebot an Mietwohnungen gesunken ist. Dabei spielen mehrere Umstände eine Rolle: Die fehlende Aussicht auf Renditen führt dazu, dass Investoren auf Neubauten verzichten und sich lieber nach anderen Anlageformen umsehen.

Zusätzlich trocknet der Wohnungsmarkt noch durch einen Fehlanreiz aus. Die niedrig gehaltenen Mieten för-

dern nämlich auch die Verschwendung von Wohnraum. Ziehen beispielsweise die Kinder aus, besteht für Eltern kaum noch die Notwendigkeit, sich nach einer preiswerteren Wohnung umzusehen. Insbesondere in Großbritannien waren zudem auch starke Vermeidungsstrategien von Wohnungseigentümern zu beobachten. Anstatt sich mit gedeckelten Mieten zufrieden zu geben, gingen Eigentümer dazu über, Wohnungsbestände zu verkaufen. Diese Entwicklung ließ zwar die sogenannte Eigentumsquote bei Wohneigentum steigen, sie ging aber auch zu Lasten von sozial Schwachen und von jugendlichen Berufseinsteigern, die sich keine Eigentumswohnung leisten konnten. Speziell in Spanien und Portugal sahen sich Mieter nach der Aufhebung der Deckelungen zum Teil auch mit horrenden Mieterhöhungen konfrontiert.

Über einen langen Zeitraum führt das Einfrieren der Mieten nach historischen Erfahrungen auch zur Etablierung von Schattenmärkten für Mietwohnungen und zu einer starken Vernachlässigung der Bausubstanz. Der schwedische Ökonom und Wohnungsmarkexperte Assar Lindbeck bezeichnete die Mietpreisbindung sogar als effizienteste Methode, „eine Stadt zu zerstören – mit der Ausnahme von deren Bombardierung“. Norman Hanert

Ähnliche Versuche im Ausland endeten durchweg negativ

Lummer hat Berlin aufgeräumt

Früh erkannte der am 15. Juni verstorbene Ex-Innensenator, wo die Linkverschiebung seiner CDU enden könnte

Anfang der 80er Jahre stand West-Berlin am Abgrund. Die Stadt war ein Paradies der Hausbesetzer und linksextremen Szene. Verstärkung erhielt dieses Milieu ständig von sogenannten „Totalverweigerern“, die weder Wehr- noch Ersatzdienst leisten wollten. Die Militärpolizei der alliierten Schutzmächte ließ diese Leute gewähren.

Im Mai 1981 hatten die Berliner genug und wählten den SPD-Senat ab. Die CDU formierte einen Minderheits-senat, dem Heinrich Lummer als Innensenator angehörte. Seine Aufgabe war es, die Stadt wieder „aufzuräumen“. Ab 1983 arbeitete er mit dem neuen Justizsenator Hermann Oxfort von der FDP zusammen. Beide verstanden sich prächtig. Der Nationalliberale hatte wie der konservative CDU-Mann innerparteiliche Feinde. 1985 räumte der „Schlaumeierkreis“ Oxfort als Justizsenator weg. Ende desselben Jahres diente eine Bestechungsaf-

färe um einen kommunalen Baustadtrat dazu, auch Lummer als Innensenator abzusagen. Immerhin gab es zu diesem Zeitpunkt kaum noch besetzte Häuser und keine rechtsfreien Räume in Berlin. Nicht dem sich in staatsmännischer Sonne wohlführenden Richard von Weizsäcker als Regierendem Bürgermeister, sondern den beiden Senatoren kam das Verdienst zu, Recht und Ordnung in der Stadt wieder hergestellt zu haben. Für die Linken wurde Lummer zum Feindbild Nummer eins, was ihn bei vielen West-Berlinern umso beliebter machte.

Heinrich Lummer war ein Aufsteiger. Der am 21. November 1932 in Essen geborene Sohn „kleiner Leute“ absolvierte nach der Volksschule eine Handwerksausbildung, schaffte dann auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur. Danach zog es ihn in die „Frontstadt“ Berlin, wo er das Stuzienamer weg. Ende desselben Jahres diente eine Bestechungsaf-

Rechtswissenschaft aufnahm und dabei seinen Weg zur CDU fand. Ab 1965 wurde er Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Und 1967 errang er selbst ein Parlamentsmandat. Zwei Jahre später war er bereits Fraktionsvorsitzender. In Wahlkampfzeiten war Lummer stets an den umlagerten Infoständen der CDU zu finden.

Zu Beginn der 70er Jahre begannen zwei neue Gruppierungen die Partei aufzumischen. Die angeblich linke von der „Reformgruppe“ und die angeblich rechte „Betonfraktion“, zu der Eberhard Diepgen und Klaus Landowski zählten. Lummer gehörte keiner dieser Gruppen an. Beim Kampf um die Mehrheit im Kreisverband geriet er zwischen die Fronten, überlebte als Parlamentarier aber, weil er zu diesem Zeitpunkt schon eine ungeheure

Popularität besaß. Als Oppositionsführer hatte er großen Anteil am Aufstieg seiner Partei.

Zugleich ließ er es sich nicht nehmen, in der Kneipe regelmäßig Skat zu spielen und mit dem „kleinen Mann“ am Tresen zu debattieren. Stadtbekannt waren

seine Besuche in der Bahnhofskneipe am Bahnhof Wannsee. Diese Volkstümlichkeit war es wohl, die die linke „Taz“ dazu ver-

anlasste, anlässlich seines Todes „Nicht unsympathisches Aerschloch“ zu titeln.

Das war treffender als die trostlosen Nachrufe des linksliberalen Mainstream, in denen versucht wurde, Lummer posthum als eine Art „Neonazi light“ darzustellen. Lummer machte sich schon früh Sorgen darüber, ob die CDU noch die politische Heimat der Konservativen sei, und war bereits 1979

Der gute Draht zum »kleinen Mann« war sein Markenzeichen

an Überlegungen für die Formierung einer „Vierten Partei“ als Sammlung der demokratischen Rechten beteiligt.

Lummer hatte auch seine menschlichen Schwächen. Bei Besuchen in Ost-Berlin ergab sich eine erotische Affäre. Die Dame schöpfte ihn zeitweise für die Stasi ab.

Die CDU-Strategen wollten mit der Lagertheorie die Partei immer weiter nach links schieben, um die SPD klein zu machen. Gleichzeitig bauten sie darauf, dass rechts von ihnen eben nichts Neues entstehen würde. Das sah Lummer anders, und erwies sich so als Visionär. Die „Republikaner“ hofften nach 1989 auf ihn. Er misstraute ihnen und blieb trotz allem CDU-Mitglied. 1992 war Lummer am „Christlich-Konservativen Deutschland-Forum“ beteiligt, das vergeblich versuchte, den Linkstrend der CDU zu stoppen.

1998 schied er aus dem Bundestag aus. Jüngere drängten nach, denen die Schuhe Lummers

zu groß waren. Es war das Jahr, in dem Kanzler Kohl abgewählt wurde. Lummer wurde kritisiert, weil er für das *Ostpreußenblatt* (heute *PAZ*) und die „Junge Freiheit“ gelegentlich zur Feder griff. Er warnte früh vor Überfremdung durch Zuwanderung. Dazu erschien sein Buch: „Deutschland soll deutsch bleiben. Kein Einwanderungsland, kein Doppelpass, kein Bodenrecht.“

Wenn die CDU heute über das Aufkommen einer bürgerlichen Konkurrenz rechts von ihr jammert, hätte sie besser früher auf Lummer hören sollen. Dessen Forderungen in Sachen Immigration waren weit konsequenter als das, was alle AfD-Politiker zusammen gefordert haben.

2003 erlitt Heinrich Lummer einen Schlaganfall, von dem er sich nur teilweise erholte. Er konnte nicht mehr sprechen und musste später im Rollstuhl sitzen. Am 15. Juni 2019 hörte sein Herz auf zu schlagen. Frank Bücker

Neue Grenzen

Von VERA LENGSELD

Die Bernauer Straße in Berlin ist weltberühmt. Dort befinden sich zwischen dem S-Bahnhof Nordbahnhof und dem U-Bahnhof Bernauer Straße die Gedenkstätte Berliner Mauer, Reste der Mauer, ein alter Wachturm im Osten, eine Beobachtungsplattform im Westen und freigelegte Fluchttunnel.

Die Bernauer Straße erlangte 1961 ihre traurige Berühmtheit, da die Häuser im Osten Berlins standen, der Bürgersteig zum Hauszugang aber zum Westen zählte. So seilten sich nach dem Mauerbau viele Ost-Berliner in den Westen ab, bis man die Fenster zumauerte und später die Häuser abriß.

Wir feiern den 30. Jahrestag des Mauerfalls und übersehen, dass auf dieser Straße noch heute eine Demarkationslinie verläuft. Die Linie trennt heute Leser von Nicht-Lesern.

2001 wurde der Ost-Bezirk Mitte neu gegründet und mit den Bezirken Tiergarten und Wedding (beide Westen) vereint. Bei den Bezirksregionen im Bezirk Mitte gibt es die Profile Brunnenstraße Nord und Brunnenstraße Süd. Nord und Süd werden durch die Bernauer Straße getrennt. Endet die Region Brunnenstraße Süd am U-Bahnhof Rosenthaler Platz, kurz vor dem Alexanderplatz, so endet die Region Brunnenstraße Nord am U-Bahnhof Gesundbrunnen.

Die unsichtbare Grenze spiegelt sich in den Profilen, die kürzlich vom Bezirksamt Mitte herausgegeben wurden.

Nord: „Über 85 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren haben einen Migrationshintergrund, das ist der höchste Wert im Bezirk. Der Migrationshintergrund besteht jedoch nur im statistischen Sinne, die meisten Kinder und Jugendlichen haben keine eigene Migrationserfahrung.“

Süd: „Jeder vierte Einwohner/-in hat einen ausländischen Pass. Dieser Wert liegt unter dem bezirklichen Durchschnitt. Es handelt sich hierbei um keine homogene Gruppe, sie unterscheiden sich nach Dauer des Aufenthalts, Herkunftsland, ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, Lebensläufen und vor allem ihrer sozialen Lage.“

Das heißt, Berlin-Mitte ist reich und gebildet, der angrenzende Wedding ist arm und bildungsfern. Das zeigt sich besonders an der Anzahl der Buchhandlungen. Für den Wedding (Brunnenstraße Nord) werden lediglich zwei und für Alt-Mitte (Brunnenstraße Süd) 32 Buchhandlungen angegeben.

Natürlich muss man seine Bücher nicht im eigenen Viertel kaufen und der größte Buchhändler, Amazon, hat 24 Stunden am Tag geöffnet. Aber nach den hier aufgeführten Fakten dürfte sich das Bild der auseinanderdriftenden sozialen Schichten in der Hauptstadt Berlin bestätigen. Die Frage, wo gibt es Buchhandlungen und wo nicht, hilft, das Wohnumfeld einzuschätzen.

MELDUNGEN

»Kirche und Staat trennen«

Warschau – Nach einer Meinungsumfrage des Ariadne-Instituts sehen 53 Prozent der Menschen in Polen die Trennung von Staat und Kirche als die wichtigste innenpolitische Aufgabe an, wobei diese gleichauf mit einer Verbesserung des Gesundheitssystems als zentrales Anliegen an die Politik genannt wird. 71 Prozent der Wähler der bürgerlichen – Bürgerplattform äußerten sich in diesem Sinne, was einen sogar noch etwas höheren Anteil als bei der linken Partei Wiosna mit 66 Prozent ausmacht. Selbst 28 Prozent der Anhänger der traditionell kirchennahen PiS unterstützten diese Ansicht. Als dritt wichtigste Aufgabe sehen 32 Prozent eine Beendigung des Religionsunterrichts an den Schulen. T.W.W.

Starlinger zieht die Notbremse

Wien – Während die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen trotz der desolaten Lage der Truppe immer weitere Verpflichtungen für die Bundeswehr einget, zieht ihr österreichischer Amtskollege Thomas Starlinger die Notbremse. „Unter der derzeitigen Ressourcenlage werden wir nicht mehr in der Lage sein, das in diesem Ausmaß aufrechterhalten zu können“, eröffnete er dem EU-Verteidigungsministerrat in Luxemburg. Österreich leitet derzeit zwei der vier Militärmissionen der EU, eine in Bosnien-Herzegowina und seit Kurzem auch die in Mali. Sollte das Heer nicht mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, sei man gezwungen, sich wenigstens aus dem Kosovo, in dem derzeit 400 österreichische Soldaten im Einsatz sind, „Schritt für Schritt“ zurückzuziehen. Das werde aber nicht „von heute auf morgen“ passieren, weshalb die endgültige Entscheidung bei der kommenden Regierung liege. Er werde nur „die Grundlagenarbeit leisten“. J.H.

Kurz vor Wladimir Putins jährlicher TV-Sendung „Direkter Draht“ wuchs die Unzufriedenheit der Bürger, die sich in Wut über die Behördenwillkür steigerte und die sich auf den Straßen in Demonstrationen entlud. Erstmals reagiert der Kreml auf die Bürgerproteste.

In Jekaterinburg protestierten die Stadtbewohner gegen einen Kirchenbau, im nordrussischen Archangelsk gingen Menschen gegen Müllhalden auf die Straße, und in Moskau demonstrierten sie gegen die Inhaftierung von Journalisten und organisierten Märsche für die Medienfreiheit. Auch in Sibirien und in Südrussland protestierten Russen. Bei jeder ungenehmigten Demonstration reagierte die Staatsmacht zunächst mit hunderten Verhaftungen. Das scheint die Teilnehmer – in Moskau befand sich auch wieder Oppositionsführer Alexej Nawalny unter ihnen – immer weniger zu beeindrucken.

Innerhalb eines Jahres hat sich offenbar etwas Grundlegendes verändert in Russland: Die Bürger bitten nicht mehr, sie fordern. Sie fordern ihre Grundrechte ein, die ihnen gesetzlich zustehen, die von der Polizei und korrupten Beamten in den Behörden aber nicht befolgt, sondern willkürlich ausgelegt werden. Die Periode, in der Russen still in die innere Emigration abgetaucht sind in der Hoffnung, so die schlechten Zeiten zu überstehen, dürfte vorbei sein. Die Russen haben die Propagandalügen ihrer Politiker und der staatlichen Presseorgane satt. Sie sehen nicht mehr ein, dass immer mehr Geld in die Rüstung gepumpt wird, während es ihnen am Notwendigsten fehlt. Sie sehen lieber, wenn ihr Staat in Krankenhäuser und Schulen investierte anstatt in die nächste Wunderwaffe. So wächst die Bereitschaft, den Unmut öffentlich kundzutun. Die zunehmende Behördenwillkür steuert das ihre dazu bei: Die Menschen spüren, dass es jeder-



Nach Bekanntwerden der Freilassung des Journalisten Iwan Golunow: Die aufgebrachtsten Bürger sind noch nicht zufrieden. Bei einer Demonstration am 16. Juni in Moskau fordern die Teilnehmer „Recht und Gerechtigkeit“ für alle

Bild: pa

zeit jeden von ihnen treffen kann. Bisher wurden alle verfolgt, die die Missstände öffentlich machten. Wie auch Alexandra Korolewa, die Leiterin der Umweltschutzorganisation „Ekoschita“, die gegen Atomkraft, den Bau von Atomkraftwerken und die Lagerung von Atommüll kämpft. Weil sie sich weigerte, ihre Nichtregierungsorganisation als „ausländischer Agent“ registrieren zu lassen, wurde sie jahrelang drangsaliert und zuletzt mit einer Haftstrafe bedroht. Sie floh nach Deutschland und beantragte politisches Asyl.

Neben Enthüllungsjournalisten wie die jüngst freigelassenen Iwan Golunow und Igor Rudnikow (siehe PAZ 25 vom 21. Juni), deren Fälle zu einer breiten Solidaritätsbewegung geführt hatten, haben sich inzwischen auch Wissenschaftler der renommierten Akademie der Wissenschaften in einem offenen Brief an den Präsidenten zu Wort gemeldet, in dem sie ihn auffordern, den Missbrauch der Strafverfolgungsbehörden zu unterbinden. 14 Akademiestmit-

glieder und sechs Professoren haben den Brief unterzeichnet.

Jeder dritte Russe sei von Armut bedroht, stellte Alexej Kudrin, Ex-Finanzminister und Leiter der Wirtschaftsprüferkammer der Russischen Föderation, fest. Er warnte gar vor einer „sozialen Explosion“, wenn die Regierung sich nicht um die Bedürftigen kümmere. Die Ar-

Kudrin warnt vor sozialer Explosion

mut in Russland bezeichnete er als Schande. Die Realeinkommen der russischen Bevölkerung würden auch 2019 sinken. Kudrin übt Kritik an den Behörden, die keine Pläne für eine finanzielle Unterstützung der Bürger hätten, ja nicht einmal Interesse daran zeigten. Dabei könne sich das der Haushalt des Landes durchaus leisten.

Die umstrittene Rentenreform im vergangenen Jahr, eine Mehr-

wertsteuererhöhung von 18 auf 20 Prozent, ein schwacher Rubelkurs und sinkende Einnahmen haben dazu geführt, dass viele Russen ihre Schulden nicht mehr begleichen können. Das alles hat das Fass fast zum Überlaufen gebracht.

Die Botschaft scheint angekommen zu sein. Diesmal reagierte der Kreml, anders als bei den Massenprotesten von 2011, als die Regierung diese mit allen Mitteln zu unterdrücken versuchte und Tausende verhaften ließ, recht schnell. Das Konstitutionsgericht hat die Behörden inzwischen angewiesen, Demonstrationen, bei denen deren Organisatoren die Wahrung der öffentlichen Ordnung zusichern, nicht mehr zu verbieten. Putin persönlich entließ zwei Polizeigeneräle, die in den Fall Golunow verwickelt waren.

Beim diesjährigen „Direkten Draht“ versprach Putin, sich für die Lösung aller Probleme einzusetzen. Er versprach eine Renten- und Kindergelderhöhung und dass das Internet unzensuriert und frei zugänglich bleibe. Über eine mög-

liche Zensur des Internets sorgen sich viele Russen.

Deutet sich eine Perestrojka 2.0 in Russland an? Eines hat der Fall Golunow zumindest gezeigt: In Russland findet gerade eine Veränderung Richtung Re-Demokratisierung statt. Das macht sich unter anderem in einer veränderten Berichterstattung in den Medien bemerkbar. Plötzlich diskutieren Historiker im Online-Portal „Lenta“ über Stalins Deportationen und Vertreibungsverbrechen, und das, obwohl Stalin bis vor Kurzem wie Lenin nur positiv erwähnt wurde. Überraschend findet auch eine Beschäftigung mit dem Schicksal der Kriegsrückkehrer statt, von denen Unzählige in Stalins Lagern verschwand, abgestempelt als Vaterlandsverräter. Ihre Angehörigen haben jetzt die Möglichkeit, in freigegebenen Archiven nach dem Verbleib und dem Schicksal ihrer Verwandten zu forschen. Eine Betroffene sagte: „Wir wollen nicht mehr glauben, was ihr in euren Geschichtsbüchern schreibt.“

Manuela Rosenthal-Kappi

Im Iran streben die Falken nach der Macht

Teheran wird unterstellt, mit Angriffen auf die zivile Seefahrt andere Staaten in den Konflikt mit Washington hineinziehen zu wollen

Ein Video, das Angehörige der iranischen Revolutionsgarde zeigen soll, die von einem kleinen iranischen Schnellboot des Typs „Gaschti“ aus vom Öltanker „Kokuka Courageous“ einen runden topfartigen Gegenstand entfernen, ist das Hauptargument der US-Amerikaner für ihren Vorwurf, der Iran sei für die jüngsten völkerrechtswidrigen Angriffe auf zwei Öltanker im Persischen Golf verantwortlich. Dem US-Militär zufolge handelt es sich bei dem entfernten Gegenstand um eine zuvor von den Iranern dort angebrachte Haftmine, die vielleicht aufgrund eines Fehlers nicht explodierte und deshalb eilig entfernt werden musste.

Der lange befürchtete Ölkrieg am Golf, auf den sich der Iran seit vielen Jahren vorbereitet hat, scheint, wenn die Vorwürfe stimmen, bereits als hybrider Angriff begonnen zu haben. Als Reaktion auf US-Sanktionen setzen iranische Falken, so eine verbreitete Befürchtung, offenbar auf eine begrenzte militärische Eskalation in einer der strategisch bedeutendsten Meerengen der Erde. Die Gefahren für den Weltfrieden und die Weltwirtschaft scheinen groß.

Seit Beginn der neuen US-Sanktionen sind die iranischen Ölexporte eingebrochen, wobei die Inflation galoppiert. Ohne die

Öl-Einnahmen kann der Iran sein weltweites Einflussprogramm nicht mehr finanzieren und dadurch auch keine effektive Außenpolitik mehr betreiben. Der Iran musste bereits seine finanzielle

Unmut der eigenen Bevölkerung, die bereits vor den Sanktionen groß war, weiter.

Teheran scheint die Hoffnung verloren zu haben, dass andere Staaten und die EU mit diplomati-

nischen Staatszeitungen, die Maas mit Hitler-Bärtchen lächerlich machen wollten. Dabei verbietet der strenge Islam, wie er im Iran praktiziert wird, eigentlich Karikaturen.

gegen den Irak. Damals begannen die USA Öltanker durch den Persischen Golf zu eskortieren. Nachdem im Jahr 1988 ein US-Kriegsschiff von einer iranischen Mine schwer beschädigt worden war, zerstörten die USA zahlreiche Marinestützpunkte der Revolutionsgarde im Iran. Dies brachte die iranische Führung im Juli 1988 dazu, einem Waffenstillstand mit dem Irak zuzustimmen.

Während die Revolutionsgarde gegen den Irak noch offen agierten, soll nun im Sinne einer hybriden Kriegsführung alles verdeckt geschehen. Die Eskalation soll bereits vor Wochen begonnen haben, als vor dem Hafen von Fudschaira, der Hauptstadt eines der sieben Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), einige rätselhafte Bomben explodierten und vier Öltanker beschädigten. Eine internationale Untersuchung kam zu dem Schluss, dass die Angriffe von Tauchern verübt worden seien, die von kleinen „Schnellbooten“ aus operiert und Minen an den Rümpfen der Schiffe befestigt hätten. Von den Staaten der Region soll nur der Iran über solche Fähigkeiten von Kampftauchern verfügen. Auch sollen die vom Iran unterstützten schiitischen Huthi-Rebellen im Jemen in den letzten Monaten in Absprache mit dem Iran ihre Angriffe auf

Ölanlagen in Saudi-Arabien mit Hilfe von Drohnen ausgeweitet haben.

Der Iran streitet alle Anschuldigungen der USA und anderer westlicher Staaten ab. Die Rettung der Seeleute der beschossenen Schiffe wird seitens der USA und deren Partnern weniger als Akt humanitärer Hilfe interpretiert, denn als ein Mittel der Einschüchterung und Kontrolle über eventuelle unliebsame Zeugen interpretiert. Dass sich Teheran zu einem solch riskanten Konfrontationskurs entschlossen habe, zeige, dass im Iran mehr und mehr die Falken die Oberhand gewonnen hätten, nachdem die Wochen zuvor es diesbezüglich noch widersprüchliche Zeichen gegeben habe. All diese militärischen Aktivitäten sollen signalisieren, dass Teherans Gegner nirgends sicher sein könnten.

Dass die Angriffe während des Staatsbesuches des japanischen Ministerpräsidenten Shinzo Abe stattfanden, wird als Wink der Mullahs an Präsident Hassan Rohani gewertet, dass die Zeit für seine „Kuscheldiplomatie“ zu Ende gehe. Der Iran wolle mit diesen Angriffen zeigen, dass unter den Sanktionen auch andere Staaten der Region leiden würden. Eines der angegriffenen Schiffe hatte Fracht für Japan. Bodo Bost



Dieses angeblich von einem Hub-schrauber der US-Marine aus aufgenommene Foto veröffentlichte das US-Verteidigungsministerium vorletzten Montag: Zu sehen sind angeblich Angehörige der iranischen Revolutionsgarde beim Entfernen einer nicht explodierten Mine vom Öltanker „Kokuka Courageous“

Bild: pa

Unterstützung an verbündete Milizen in der Region bedeutend kürzen. Familien von Selbstmordattentätern bekommen seit einiger Zeit nur noch die Hälfte ihrer Renten vom Iran. Auch steigt der

schen Mitteln helfen können, die US-Sanktionen zu umgehen. Das zeigten am besten der jüngste Besuch des deutschen Außenministers Heiko Maas und die anschließenden Karikaturen in ira-

Die Drohung Teherans, die Straße von Hormus im Falle einer US-Aggression zu sperren, ist nicht neu. Sie diente bereits der iranischen Revolutionsgarde im ersten Golfkrieg in den 1980er Jahren

AfD ringt um ihr Rentenkonzept

Jörg Meuthen aus dem Westen will mehr Markt, Jürgen Pohl aus dem Osten mehr Staat

Seit gut sechs Jahren mischt die AfD im politischen Geschäft mit. Zu vielen Themen hat sie sich positioniert, eine große Frage ist aber noch unbeantwortet: Wie steht die Partei zur Rente?

Eine Antwort sollte eigentlich ein sogenannter Sozialparteitag liefern, der für Mitte September vorgesehen war. Doch mittlerweile haben sich der Konvent, eine Art kleiner Parteitag, sowie der Bundesvorstand darauf verständigt, den Termin um ein weiteres halbes Jahr nach hinten zu verlegen. Als offizielle Gründe werden organisatorische und finanzielle Erwägungen genannt. Doch ist das wohl nur die halbe Wahrheit. Eine nicht unwesentliche Rolle dürften daneben die diesjährigen Landtagswahlen in den drei mitteldeutschen Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen am 1. September und 27. Oktober spielen, in deren Vorfeld die Partei bemüht sein dürfte, ein möglichst geschlossenes Bild zu vermitteln. Dies dürfte angesichts der bisher vorliegenden Rentenkonzepte auch ohne Sozialparteitag schon schwer genug sein.

Viele Medien haben die Debatte als Kraftprobe zwischen den marktliberalen Kräften der Westverbände und den Sozialpatrioten in Mitteldeutschland bezeichnet. Als Wortführer stehen sich der Bundesvorsitzende Jörg Meuthen sowie der Bundestagsabgeordnete Jürgen Pohl, ein Vertrauter des thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke, gegenüber. Vereinfacht formuliert: In Meuthens Konzept steckt viel FDP, in dem von Pohl viel Linkspartei, beide garniert mit nationalem Anstrich.

Meuthen plädiert für eine Abschaffung der gesetzlichen Rente, die durch Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert wird. Stattdessen solle das System auf eine steuerfinanzierte Mindestrente umgestellt werden, die knapp über der Existenzsicherung liegt. Deutschland brauche „eine Abkehr vom zwangsfinanzierten Umlagesystem der gesetz-

lichen Rentenversicherung, hin zu einer regelhaften privaten Vorsorge“, sagt Meuthen. Größtmögliche Eigenverantwortung müsse mit einem Umbruch im Steuersystem einhergehen. „Luxuskonsum“ solle deutlich höher besteuert werden – dafür sollten Menschen Schritt für Schritt in eine selbstgewählte freie Form der Altersvorsorge entlassen werden. „Vorsorgen können die Einzelnen in der Regel besser als der Staat“, sagt der AfD-Vorsitzende. Am Ende stünde bei diesem Konzept eine sehr niedrige aus Steuern finanzierte Grundrente für jene, die sich keine Privatvorsorge leisten

können. Auch die gesetzliche Unfall- und Pflegeversicherung wäre damit in Frage gestellt. Den „Löwenanteil“ sollen die Menschen über eine private Vorsorge selbst beisteuern können und dafür steuerliche Vorteile eingeräumt bekommen. Bezugsberechtigt wären demnach auch ausländische Mit-

bürger, wenn diese seit mindestens 20 Jahren einen „gesellschaftlichen Beitrag“ geleistet hätten. Politiker sollen nach dem Willen Meuthens dieselbe Mindestsicherung erhalten, besondere Rentensysteme sollen abgeschafft werden. Gestrichen werden sollen zudem bisherige staatlich geförderte Modelle wie Rürup- und Riesterreute sowie die Arbeitnehmerparazulage.

Das Konzept der Gruppe um Höcke und Pohl sieht dagegen einzig den Staat in der Verantwortung, für die Altersvorsorge seiner Bürger zu sorgen. Das gesetzliche Umlagesystem der Rente soll

50 Prozent gehalten werden. Eltern mit vielen Kindern sollen zudem mehr Altersgeld erhalten. „Das heißt nicht, dass Ausländer im Rentensystem diskriminiert werden, sondern dass Staatsbürger positiv unterstützt werden“, erklärte Höcke zu seinem Konzept, das parteiintern durchaus umstritten ist. Die große Befürchtung lautet, es könnte verfassungswidrig sein und Beitragszahler mit ausländischen Wurzeln benachteiligen. Höcke und seine Mitstreiter sehen diese Problematik nicht. Sie fordern eine Entlastung für „Staatsangehörige, die ihr Leben lang“ gearbeitet haben: „Wir reden

ordnete Pohl. Die AfD werde „in den mitteldeutschen Ländern die Frage der sozialen Gerechtigkeit bei den nächsten Landtagswahlen in den Mittelpunkt stellen“, fügt er hinzu. Viele Menschen in der Region treibe die Angst vor der Altersarmut um.

Parteichef und Senior Alexander Gauland, der im Spätherbst den Bundesvorsitz wohl abgeben wird, um sich auf die Arbeit an der Fraktionsspitze zu konzentrieren, räumt ein, „dass es sehr unterschiedliche Sichtweisen gibt“, fordert aber auch Kompromissbereitschaft und Flexibilität. „Es steht außer Frage, dass die



Bei AfD-Politikern aus dem „wohlhabenden Westen“ der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR gibt es „sehr unterschiedliche Sichtweisen“ zur Rolle des Staates in der Wirtschaft: Bundessprecher Jörg Meuthen (l.) mit Thüringens Björn Höcke im Café Einstein in Berlin

Bild: pa

zementiert, am besten sogar ausgebaut werden. Bestimmte Mehrleistungen der Rentenkasse sollen künftig allerdings ausschließlich deutschen Staatsbürgern zugutekommen. Die sogenannte Produktivitätsrente soll mit einer Staatsbürgerrente verbunden werden, das Rentenniveau dauerhaft bei

von einer echten Entlastung der Rentner, indem wir alle Renten von der Steuerpflicht und von Sozialabgaben befreien wollen. Die Bruttorente muss auch die Netto-rente sein. Außerdem müssen wir Rentnern sämtliche Zuzahlungen für Arzneimittel erlassen“, fordert der thüringische Bundestagsabge-

Lebenssituationen in manchen Gebieten des Ostens sich stark von jenen im wohlhabenden Westen unterscheiden. Folglich ist auch die Interessenlage eine andere. Ich sehe aber nicht, dass sich die AfD an diesem Punkt nicht einigen könnte.“

Peter Entinger

MELDUNGEN

Runet-Gesetz verabschiedet

Moskau – Die russische Staatsduma hat ein Gesetz über die Autonomie des russischen Internets verabschiedet. Danach soll der inner-russische Datenverkehr künftig über russische Netzknoten und die Vergabe sowie die Anwahl von Netzseiten-Adressen vom Ausland unabhängig in Russland erfolgen. Anbieter müssen zudem sicherstellen, dass sie im Falle von Datenangriffen ihre Leitungen sperren können. Die russischen Politiker wollen so einer Sperre beziehungsweise Sabotage des für einen Großteil ihrer Landsleute überlebenswichtigen Netzes durch die USA vorbeugen. T.W.W.

Bahn plädiert für Steuersenkung

Berlin – Eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes von 19 Prozent auf Fahrkarten im Fernverkehr auf den für den Nahverkehr üblichen Satz von sieben Prozent würde nach Einschätzung der Bundesregierung zu jährlichen Umsatzsteuer-Mindereinnahmen von 500 Millionen Euro führen. Andererseits sieht die Regierung in der Erhöhung der Attraktivität des Bahnfahrens einen „geeigneten Hebel für die Verlagerung von Verkehr auf die Schiene“. Die Deutsche Bahn geht davon aus, dass eine Steuersenkung fünf Millionen zusätzliche Fahrgäste pro Jahr bringen würde. J.H.

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:

1.912.437.423.956 €

Vorwoche: 1.912.494.117.424 €

Verschuldung pro Kopf:

23.099 €

Vorwoche: 23.099 €

(Dienstag, 25. Juni 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Umbau statt Fusion

Deutsche Bank: Konkrete Pläne für Ende Juli erwartet

Nachdem die Pläne zu einer Fusion mit der Commerzbank gescheitert sind, steht bei der Deutschen Bank nun ein Umbau des Geldinstitutes an. Bereits im Mai hatte der Deutsche Bank-Vorstandsvorsitzende Christian Sewing auf der Hauptversammlung den Aktionären „harte Einschnitte“ angekündigt. Die größte deutsche Privatbank ist nur noch ein Schatten ihrer selbst. Die Aktie der Deutschen Bank rutscht schon seit längerer Zeit von einem Rekordtief zum nächsten. Allein seit Jahresbeginn hat die Aktie des Geldhauses mehr als zehn Prozent an Wert eingebüßt.

Insgesamt ist der Marktwert der Deutschen Bank an der Börse auf nur noch zwölf Milliarden Euro gefallen. Zum Vergleich: Der französische Konkurrent BNP Paribas hat derzeit eine Marktkapitalisierung von rund 50 Milliarden Euro. Amerikanische Wettbewerber wie etwa J.P. Morgan mit einer Marktkapitalisierung von über 300 Milliarden Euro spielen mittlerweile in einer ganz anderen Liga. Die Deutsche Bank musste in den vergangenen Jahren wegen Verwicklungen in Finanzskandalen mehrmals hohe Geldstrafen zahlen. Seit der Finanzkrise von 2008/2009 läuft das Geschäft im risikoreichen Investmentbanking

nicht mehr sonderlich erfolgreich. Erschwert wird die Lage durch die anhaltende Niedrigzinsphase und die gestiegenen Regulierungskosten für den Banksektor.

Beobachter erwarten die Präsentation von konkreten Umbauplänen für die Deutsche Bank zum Ende des Monats Juli, wenn Sewing die neuen Halbjahreszahlen für das Unternehmen vorlegt. Bereits jetzt tauchen in den Medien Berichte auf, in denen es um eine mögliche Umstrukturierung der Bank geht.

Vorstandschef hat »harte Einschnitte« angekündigt

Sewing hatte auf der Hauptversammlung bereits Einschnitte im Aktienhandel und im Handel mit Staatsanleihen angedeutet. Wie der Wirtschaftsinformationsdienst Bloomberg berichtet, könnte das Finanzinstitut außerhalb Europas seine Aktienhandels- und Zinshandelsgeschäfte deutlich zusammenstreichen, wenn nicht gar komplett aufgeben. Deutlich zurückgefahren werden könnte insbesondere das Aktienhandelsgeschäft in den Vereinigten Staaten. Möglicherweise

werden auf diesem Feld in den USA künftig nur noch Geschäftskunden und sehr vermögende Privatkunden bedient.

Die „Financial Times“ berichtet über Pläne für eine Abwicklungseinheit, eine sogenannte Bad Bank. Demzufolge könnte die Deutsche Bank in eine Auffangbank Papiere mit einem Marktwert von bis zu 50 Milliarden Euro auslagern oder verkaufen. Dabei soll es sich um langlaufende Derivate handeln. Zum Ende des Monats März hatte die Deutsche Bank in ihrer Bilanz den Marktwert ihrer Derivate mit 331 Milliarden Euro angegeben. Anleger und auch Aufsichtsbehörden haben das große Engagement der Deutschen Bank bei Finanzderivaten in den letzten Jahren immer wieder mit Skepsis betrachtet.

Mit der Auslagerung von Papieren könnte die Bank die Risiken minimieren und durch das Schrumpfen der Bilanz auch die Eigenkapitalrendite etwas aufbessern. Die Deutsche Bank hatte ihren Investoren bislang eine Rendite von vier Prozent auf das materielle Eigenkapital in Aussicht gestellt. Laut einem Bericht des „Handelsblattes“ ist die Bank allerdings dabei, sich wegen den Umbauplänen für den Konzern von ihrem Renditeziel in diesem Jahr zu verabschieden. Norman Hanert

Ukraine-Krise überwunden

Zumindest sind Russlands Devisenreserven wieder so hoch wie einst

Die Devisenreserven der Russischen Föderation haben Anfang Juni mit umgerechnet über 500 Milliarden US-Dollar erstmals wieder einen Stand wie vor Beginn der Ukraine-Krise erreicht. In der Zwischenzeit hatte die Russische Nationalbank erhebliche Abstoßungen vorgenommen, um die Mindereinnahmen durch einen am Boden liegenden Ölpreis und die Folgen des fast ungehemmten westlichen Wirtschaftskrieges gegen ihr Land auszugleichen. Nach einem Tiefstand von 350 Milliarden Dollar im April 2015 ging es mit den Reserven langsam bergauf. Im April 2017 und damit genau zwei Jahre später waren bereits wieder 400 Milliarden zusammen, Anfang des laufenden Jahres dann fast 470. Mit dieser Entwicklung dürfte Russland gegenwärtig weltweit nach China, Japan und der Schweiz an vierter Stelle der staatlichen Ersparnisse stehen – etwa zehn Plätze vor der Bundesrepublik.

Ein zunehmender Anteil dieser Werte besteht dabei nicht mehr aus Papier, sondern aus werthaltigerem Gold. Im vergangenen Jahr hat die Zentralbank die Rekordmenge von knapp neun Millionen Feinunzen erworben und damit ihren Bestand um rund 15 Pro-

zent erhöht, sodass das Edelmetall inzwischen über 18 Prozent ihrer Devisenreserven ausmacht. Besonders einem Papier gegenüber zeigten die Russen aus gutem Grund die kalte Schulter. Von ihren zu Beginn des Vorjahres 200 Milliarden US-Dollar in Devisen haben sie eine imposante Hälfte noch im selben Jahr abgestoßen. Der Dollar ist nämlich nicht nur volatil gedeckt, sondern wird vor allem auch als Waffe im internationalen Wirtschaftskrieg

Die Reserve übersteigt wieder umgerechnet 500 Millionen Dollar

eingesetzt, indem die USA Abrechnungen in US-Dollar und /oder über ihre Banken dem US-Rechtssystem unterstellen und damit ausländische Unternehmen und Staaten durch hanebüchene Gerichtsurteile und gezielte politische Verfügungen gnadenlos ausplündern beziehungsweise anderweitig in ihrer Handlungsfähigkeit untergraben.

Neben einem Umtausch in Gold erfolgte eine Neuanlage der veräußerten Dollar vor allem in Euro sowie in chinesischen Ren-

minbi. Staatsanleihen der Bundesrepublik und Frankreichs kommen zurzeit jeweils auf einen Zielwert von 14 Prozent, solche der USA auf zehn Prozent, jene aus Japan auf 7,5 Prozent und britische auf 6,6 Prozent. Kurz vor der offiziellen Bekanntgabe dieser Zahlen empfahl der Internationale Währungsfonds der russischen Regierung, stärker auf Papiere westlicher Staaten zurückzugreifen, da dies „das Vertrauen in die Währungsreserve erhöhen“ und „das Wohl der kommenden Generationen sichern“ würde. Mit solcherlei billigen Belehrungen lassen sich die Moskauer Schatzwahrer allerdings nicht hinter Licht führen.

Ihre gestiegenen Devisenreserven dürften sich in Kürze übrigens noch in ganz anderer Weise für die Russen auszahlen. Ab einem Wert von sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes kann die Zentralbank nach russischem Recht auch in die Infrastruktur des eigenen Staates investieren und dessen Wirtschaft durch verschiedene weitere Maßnahmen unterstützen. Es ist daher nach Lage der Dinge mit einem baldigen Investitionsschub zu rechnen, der dem Land nachhaltig zugutekommen dürfte.

Thomas W. Wyrwoll

Rasanter Wandel

Von Erik Lommatzsch

Kürzlich hat Joachim Gauck dem „Spiegel“ ein Interview gegeben. Sichtlich hat der Altbundespräsident nicht ganz verstanden, dass „Demokratie“ nicht zwangsläufig deckungsgleich mit seinem Standpunkt sein muss. Dennoch gab es die arg verspätete Einsicht, eine „erweiterte Toleranz in Richtung rechts“ sei nötig. Wenig später meldete sich Gaucks Amtsvorgänger zu Wort. Christian Wulff erklärte in einer Rede, die Chancen seien groß, „dass der Flüchtlingszuzug zu einem Glücksfall der deutschen Geschichte wird“.

Von Bundespräsident Wulff ist kaum etwas geblieben. Die Öffentlichkeit erinnert sich, abgesehen von den Querelen um seinen Rücktritt und privaten Peinlichkeiten, allerdings noch an seine Stellungnahme zum 20. Jahrestag der deutschen Vereingung am 3. Oktober 2010. Hier hatte er geäußert: „Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“

Wirft man einen Blick auf das Programm des wenige Tage zurückliegenden „Deutschen Evangelischen Kirchentages“, etwa unter der Rubrik „Zentrum Muslime und Christen“, so ist der damals noch diskutierte Ausspruch inzwischen pure Realität. Laut der Nachrichtenagentur „Idea“ betonte Wulff, als Katholik Gast auf einem Podium des Kirchentags, er würde seinen Satz von 2010 heute noch „vehementer“ sagen. Nur etwas „schwieriger“ sei es nun mit dem Islam in Deutschland geworden. So seien viele „enttäuscht“ gewesen, dass die Kölner DITIB-Zentralmoschee vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan einge-

weht worden sei. Wulff „wünsche sich, dass Imame in Deutschland ausgebildet und Gebete in deutscher Sprache gesprochen werden“. Unklar bleibt, warum Erdogan den Einweihungssakt überhaupt vornehmen durfte und warum die angeordneten Dinge nicht von Anfang an praktiziert wurden. Grundsätzlichere Fragen bestehen für viele offenbar gar nicht mehr, für Wulff ohnehin nicht.

Der CDU-Politiker Peter Tauber gab AfD-Politikern und sogar einem Parteikollegen eine Mitschuld an dem bislang ungeklärten Mord an Walter Lübcke, und zwar durch deren „Sprache, die enthemmt und zur Gewalt führt“. Die CDU-Vorsitzende behauptete, dass die AfD das „geistige Klima“ für das Verbrechen geschaffen habe. Dringende Aufgabe des gegenwärtigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier wäre es, einer derartig unsäglichen Instrumentalisierung Einhalt zu gebieten. Er unterlässt es nicht nur, sondern stößt indirekt ins selbe Horn.

Ein Altbundespräsident, dem knapp zwei Jahre nach Ablauf seiner Amtszeit einfällt, dass es auch andere Ansichten gibt. Ein weiterer Altbundespräsident, dessen wichtigstes Anliegen noch im Ruhestand das Vorbringen des Islam in Deutschland ist. Ein aktiver Bundespräsident, der sich an der Ausgrenzung ihm nicht genehmer Politiker unter rhetorischer Indienstnahme eines Mordes beteiligt. Das Amtsverständnis der höchsten deutschen Repräsentanten der letzten Dekade hat sich, verglichen mit dem ihrer Vorgänger, wahrlich rasant gewandelt.

Amtsverständnis entgleist immer mehr

Wollte man dem Eindruck folgen, der allenthalben verbreitet wird, dann hätte sich das Phänomen Greta Thunberg mehr oder minder von alleine, getragen nur durch die Kraft von Überzeugung und Hingabe, über die Welt verbreitet. Doch damit käme man in Widerspruch zu einer Einsicht des früheren US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, der sagte: „Nichts in der Politik geschieht zufällig, und wenn etwas geschieht, dann war es so geplant.“ Und dass Greta ein Instrument der Politik darstellt, dürfte außer Frage stehen.

Der Irrtum beginnt schon früher. Diskussionsgrundlage ist ja, die „Friday for Future“-Bewegung sei von der jungen Schwedin ins Leben gerufen worden. Das ist falsch, der Plan ist ein paar Jahre älter. Während der Greta-Rummel im Jahr 2018 losbrach, veranstaltete die „Plant for the Planet Foundation“ drei Jahre zuvor in Bonn einen globalen Jugend-Gipfel. Ein Ergebnis dieses Treffens ist auf der Internetseite climastrike.net zu finden, wo es heißt: „Auf dem Global Youth Summit im Mai 2015 haben wir uns die Idee eines globalen Schulstreikes für Klimaschutz ausgedacht.“ Es dauerte drei geschlagene Jahre, bis die Leute im Hintergrund Greta als ihre geeignete Repräsentantin gefunden und ihr die Mutterschaft für die Idee des Schulstreiks übertragen hatten. Um wen es sich dabei handeln könnte, wird klar, wenn man nachforscht, wer die „Plant for the Planet Foundation“ organisiert und mit den nötigen Mitteln ausgestattet hat, und hier wird das Bild etwas klarer: Es sind dies der „Club of Rome“ und die „German Marshall Plan Foundation“.

Fällt der Name „Club of Rome“, so tut ein kleines Ausholen not. Er wurde von David Rockefeller gegründet und erlangte schlagartig Weltruh, als er 1972 im Auftrag seines Gründers das Buch „Grenzen des

Wachstums“ veröffentlichte. In Erinnerung daran blieben zwei zentrale Voraussagen. Da war einmal das sogenannte Waldsterben, wonach es zur Jahrtausendwende jedenfalls in Europa keinen Baum mehr geben werde. Das zweite war die Prognose, dass zehn Jahre später die Erdölvorräte des Planeten erschöpft wären. Tatsächlich nahmen in Deutschland die Wälder zu und weltweit wurde jährlich mehr Petroleum gefunden als

verbraucht. Diese blamablen Fehlprognosen tun dem Renommee des „Club of Rome“ keinen Abbruch. Weithin gilt er als eine Einrichtung, die in Sachen Umweltschutz globale Maßstäbe setzt. Er ist die Öko-Außenstelle der Vereinten Nationen und beansprucht widerspruchsloses Gehör. Die Gründung der „German Marshall Plan Foundation“ wird zwar offiziell dem früheren Bundeskanzler Willy Brandt zugeschrieben, doch stößt man auch hier sofort wieder auf Rockefeller, der Vorsitzender des German Marshall Fund gewesen ist. Neben Rockefellers Chase Manhattan Bank tauchen noch andere Adressen von Schwergewichten der US-Hochfinanz auf, wie das Aspen-Institut und die Carnegie-Stiftung. Willy Brandt in allen Ehren – aber neben solchen Namen war sein Einfluss doch eher gering.

Während man für die „German Marshall Plan Foundation“ Willy Brandt als Aushän-

Gegenwind



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall, „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Wer integriert wen?

Von Volker Wittmann

Das mit der Integration haben die meisten Deutschen anscheinend missverstanden. Treuherzige unter uns mögen geglaubt haben, Zuwanderer sollten sich den einheimischen Verhältnissen anpassen. Doch die großen Medien haben sie bald dahingehend belehrt, sie hätten den Fremden Platz zu machen. Um deren Wohlergehen sei vorrangig zu sorgen.

Auf die eigenen Kinder käme es auch nicht mehr an. So eröffnete der grüne Politiker Cem Özdemir den verdatterten Micheln: „Der deutsche Nachwuchs“, so der Mann mit türkischen Wurzeln, „heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali.“ Seine Partei-Kollegin, die frühere Bundesministerin Renate Künast, schaffte weitere Klarheit, wer hier zu Lande künftig den Ton angeben werde: „Integration fängt damit an, dass Sie als Deutscher mal Türkisch ler-

nen!“ Begriffsstutzige Ureinwohner verstanden die Welt nicht mehr. Haben nicht alle Menschen ein Recht auf Heimat? So wandelten sie ein: Deutschland ist doch unser Zuhause. Wir hängen daran. Derartige Gefühlsduseleien wischte der grüne Parteivorsitzende Robert Habeck unduldsam hinweg: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen.“

Aber deutsche Frauen und Kinder werden von Ausländern belästigt, begrabscht und vergewaltigt, gaben verstockte Ewiggestrige zu bedenken. Die Silvesternacht 2015/16 ist noch in wacher Erinnerung. Hunderte von Nordafrikanern machten Jagd auf alles, was weiblich war, wurden übergriffen und raubten ihre Opfer aus. Traumatisierten Immigranten

dergleichen zu verübeln, grenzt heutzutage schon an Rassismus. So gibt jedenfalls die Soziologin Barbara Kuchler von der Uni Bielefeld verwirrten Mitbürgern zu verstehen. Auf der Netzseite „Soziopolis“ veröffentlichte sie einen Aufsatz unter dem Titel „Kölner Kurzschlüsse“.

Frauen sollen sich züchtiger anziehen für Immigranten

Untertitel: „Welche Zurechnungsfehler prägen die Debatte um die sexuellen Übergriffe der Silvesternacht?“

Darin zeigt sie viel Verständnis für die Kriminellen. So sei vor allem deren Herkunft ganz nebensächlich. Auch deutsche junge Männer in vergleichbarer Lage würden zu ähnlich schlimmen Auswüchsen neigen, wenn derlei auch noch nicht in solcher Häufung aufgetreten sei. Die Ursache bei der Abstammung der Täter zu

suchen, bezeichnete sie mit „Zurechnungsfehlern“. Die Schrecken für die Opfer erwähnt sie mit keiner Zeile.

Auf dem evangelischen Kirchentag in Dortmund ließ die Soziologin die Katze aus dem Sack: Die Frauen trügen eine Mitschuld an den Grabschereien, so erklärte sie der schafsgeduldigen Mitwelt. Wer enge Kleidung trägt und sich schminkt, dürfe sich über Zudringlichkeiten nicht wundern.

Schon seinerzeit hatte die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker den betroffenen Frauen empfohlen einfach eine „Armlänge“ Abstand zu halten. Damit löste sie noch Empörung aus. Aber das ist mehr als drei Jahre her. Soziologin Kuchler forderte die Frauen jetzt sogar auf, „Kartoffelsäcke“ zu tragen. Wir müssen wohl davon ausgehen, dass sie vor der Bezeichnung Burka vorerst noch zurückschreckte.



Zeigt wenig Verständnis für die Vaterlandsliebe der Deutschen: Robert Habeck, Vorsitzender der Grünen

Bild: Imago images/Photothek

Das Phänomen Greta Thunberg

Von FLORIAN STUMFALL

die E-Mail-Adresse von FFF. Doch Frau Thein scheint es nicht zu geben, auf Nachfrage werden Sicherheitsbedenken vorgeschützt. Die Kieler Adresse aber ist diejenige eines linksalternativen „Kulturzentrums“ mit dem Namen „Alte Mu“. Dort scheinen zahlreiche linke Vereine zu domiciliieren, aber keine Privatpersonen. Auf die Frage nach einem Konto von FFF gibt es die Auskunft: „Als Bewegung wollen wir bewusst so wenig Strukturen wie möglich aufbauen, um jederzeit flexibel auf die Gegebenheiten reagieren zu können. Daher wird das Konto von einer befreundeten Organisation, der Plant for the Planet Foundation, betreut. So können wir sicherstellen, dass alle finanziellen Dinge vollkommen professionell erledigt werden. Dazu gehört, dass Geld nur gegen ordnungsgemäße Abrechnung ausgezahlt wird.“ Mit der angeblichen Selbstständigkeit der Friday-Bewegung scheint es also nicht allzu weit her zu sein, nicht einmal in finanzieller Hinsicht.

Kurzum – über den „Club of Rome“ und die „Plant for the Planet Foundation“ beteiligt sich der Rockefeller-Clan an der Finanzierung der Veranstaltung Greta Thunberg. Maßgeblich, darf man unterstellen, denn mit Kleinigkeiten haben sich die Rockefeller nie abgeben. Doch wo Rockefeller klotzt, mag George Soros nicht klockern. Der notorische Spekulant und Kriegstreiber

hat seine Finger auch im Klima-Geschäft. Er setzt im selben Sinne wie Rockefeller, doch an einem anderen Ende an. Und das sieht so aus. Jedes Mal, wenn Greta in Deutschland auftritt, wird sie begleitet von einer Studentin namens Luisa-Marie Neubauer, nicht nur optisch der Kontrapunkt zur kleinen Schwedin. Neubauer ist fit, taff und selbstbewusst, Mitglied der Grünen und erhält ein Stipendium der Heinrich-Böll-Stiftung. Außerdem ist Neubauer Jugendbotschafterin der US-amerikanischen Lobbyorganisation „ONE“, die politische Kampagnen durchführt. Finanziert wird „ONE“ unter anderem von der Bank of America, Coca-Cola, SAP, Google und eben von George Soros, dem Allgegenwärtigen, der seine ganze „Open Society Foundation“ einsetzt.

Michael Krüger bilanziert auf der Internet-Seite „Science sceptical“ diese Zusammenhänge: „Letztendlich handelt es sich um eine groß angelegte Klima-PR-Kampagne der Ökobby und von grünen NGOs, wie dem Club of Rome, We don't have Time, Plant for the Planet, Greenpeace, dem BUND, der Interventionistischen Linken (IL), Extinction Rebellion (XR) und anderer Nutznießer, dazu gehören letztendlich auch die Medien. Aus diesem Grund ist auch nicht zu erwarten, dass in den Medien über diese Hintergründe kritisch berichtet werden wird. Greta ist dabei letztendlich ein Spielball der NGOs und Medien, um Geschäfte zu machen, Aufmerksamkeit zu erreichen und politische Ziele durchzusetzen.“

Demgegenüber dürften alle Freunde Gretas Genugtuung über die Nachricht empfinden, dass ihr eine belgische Universität den Ehrendoktor verleihen will. Oft ist derlei mit finanziellem Aufwand verbunden, aber in Gretas Fall wohl kaum.

»Das ist ein 20-jähriger Waffenstillstand«

Vor 100 Jahren unterzeichneten der Außen- und der Verkehrsminister des Deutschen Reiches das Versailler Diktat

„Vertrag“ oder „Diktat“ von Versailles? Vor 100 Jahren gab es zwar eine Friedenskonferenz in Versailles zur Neuordnung Europas nach dem Ersten Weltkrieg, aber an der waren – im Gegensatz zur Neuordnung Europas nach den napoleonischen Kriegen auf dem Wiener Kongress – die Verlierer nicht beteiligt. Das Ergebnis war entsprechend.

Nicht nur der Ausschluss der Verlierer von den Friedensverhandlungen war bemerkenswert, sondern auch der moralische Impetus. Nicht von „Kontributionen“ war die Rede, sondern von „Wiedergutmachung“, von „Reparationen“. Der Erste Weltkrieg war teuer gewesen, und die deutschen Verlierer sollten ihn bezahlen. Um dieses zu rechtfertigen, lautet der Artikel 231, mit dem der Teil VIII (Wiedergutmachungen) beginnt: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.“

Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg war für die Deutschen hart, aber es gab einen großen Vorteil gegenüber der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Abgesehen vom Rheinland blieb Deutschland weitgehend unbesetzt. Eine Reeducation/Umerziehung durch die Sieger blieb den Deutschen erspart. Entsprechend groß war der Widerstand der Deutschen gegen diese einseitige Schuldzuweisung. Der Historiker Hans-Ulrich Wehler spricht „von einem nahezu lückenlosen Konsens im ganzen Land“.

Die Motivation des deutschen Widerstandes war eine doppelte. Zum einen fühlte man sich beleidigt, verunglimpft. Zum anderen wusste man, dass auf dieser Schuldzuweisung die schier grenzenlos erscheinenden Wiedergutmachungsforderungen des Feindes fußen.

Wohl bekannt sind die Worte des wohlgermekt sozialdemokratischen damaligen deutschen Regierungschefs Philipp Scheidemann: „Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legte?“ Lieber trat Scheidemann zurück, als die Unterzeichnung dieses Diktats verantworten zu müssen.

Scheidemanns Nachfolge trat sein Parteifreund Gustav Bauer an. Er brachte die Argumente für eine Unterzeichnung auf den Punkt. Es gelte, „dem unsagbar leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg, die Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzliche Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung

stand von Compiègne deutsche Zivilisten zum Opfer fielen, fortgesetzt worden wäre, und dass die Feinde die deutschen Kriegsgefangenen weiter zurückgehalten hätten.

Am 28. Juni 1919 unterzeichneten Bauers Außenminister Hermann Müller und Bauers Verkehrsminister Johannes Bell den Frieden von Versailles. Am 10. Januar 1920 trat er in Kraft.

duras, Kuba, Liberia, Nicaragua, Panama, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, Siam, die Tschechoslowakei und Uruguay.

Den ersten Teil des Versailler Diktats bildet die Völkerbundsatzung. Der Völkerbund war wie die Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem ein Projekt des US-Präsidenten. Die

ein Bündnis der Kriegssieger sehen zur Sicherung und Verteidigung der Neuordnung Europas und der Welt durch die Sieger des Ersten Weltkrieges. Eine zusätzliche Schwächung erfuhr der Völkerbund dadurch, dass die USA ihm nie beitraten.

Um zu verhindern, dass Deutschland sich gegen Versailles erhob, die Fesseln von Versailles sprengte, wurde sein Militär ent-

Der Teil VII hat „Strafbestimmungen“ zum Thema. Er verpflichtete Deutschland nicht nur zum Akzeptieren, sondern auch zur Unterstützung einer Siegerjustiz. Artikel 227 sah einen fünfköpfigen Gerichtshof vor, für den jede der fünf Hauptsiegermächte je einen Richter stellen sollte. Dieser Gerichtshof sollte über Wilhelm II. zu Gericht sitzen. Dazu kam es jedoch nicht, da die neutralen Niederlande sich weigerten, Wilhelm auszuliefern.

Im Artikel 228 musste die deutsche Regierung den Siegermächten nicht nur die Befugnis einräumen, die wegen eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges angeklagten Personen vor deren Militärgericht zu ziehen, er verpflichtete die Reichsregierung auch, „den alliierten und assoziierten Mächten oder derjenigen Macht von ihnen, die einen entsprechenden Antrag stellt, alle Personen auszuliefern, die ihr auf Grund der Anklage, sich gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges vergangen zu haben, ... bezeichnet werden“.

Kommen wir zu den Folgen von Versailles. Die Westmächte und damit ihre ehemaligen Besatzungsmächte für den Nationalsozialismus oder den Zweiten Weltkrieg verantwortlich zu machen, ist in der Bundesrepublik so politisch korrekt, wie weiland in der DDR Kritik an deren Besatzungsmacht, der Sowjetunion, zu üben. Deshalb seien hier nur drei unverfängliche Zeitzeugen zitiert: ein deutscher Bundespräsident, ein französischer Marschall und ein linker Intellektueller. Der deutsche Bundespräsident ist Theodor Heuss. Er schrieb 1932 in seiner Schrift „Hitlers Weg“: „Der Ausgangspunkt der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles.“ Der französische Marschall ist Ferdinand Foch, bei Kriegsschluss Oberbefehlshaber der alliierten Armeen an der Westfront. Er prognostizierte zur Zeit des Vertragsabschlusses: „Das ist kein Frieden. Das ist ein 20-jähriger Waffenstillstand.“ Und der linke Intellektuelle ist Kurt Tucholsky. Er dichtete in „Krieg dem Kriege“: „Brüder! Brüder! Schließt die Reihn! / Brüder! Das darf nicht wieder sein! / Geben sie uns den Vernichtungsfrieden, / ist das gleiche Los beschieden / unsern Söhnen und euern Enkeln. / Sollen die wieder blutrot besprenkeln / die Ackergräben, das grüne Gras? / Brüder! Pfeift den Burschen was!“

Manuel Ruoff



The Signing of Peace in the Hall of Mirrors, Versailles, 28 June 1919 (Friedensunterzeichnung im Spiegelsaal, Versailles, 28. Juni 1919): Ölgemälde des irischstämmigen-britischen Malers William Orpen

Bild: Imperial War Museum

der Kriegsgefangenen zu ersparen“. Hätte Deutschland Versailles nicht unterzeichnet, hätte in der Tat die Gefahr bestanden, dass Deutschland seinen kleindeutschen Nationalstaat von 1871 schon nach dem Ersten Weltkrieg verloren hätte, dass Deutschland schon nach dem Ersten Weltkrieg in Gänze besetzt worden wäre, dass die Hungerblockade, der auch noch nach dem Waffenstill-

Das Versailler Diktat besteht aus 15 Teilen mit zusammen 440 Artikeln. In der Einführung werden die Feinde und Vertragspartner Deutschlands vorgestellt. Es sind die sogenannten Hauptmächte und Großmächte USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan sowie des Weiteren Belgien, Bolivien, Brasilien, China, Ecuador, Griechenland, Guatemala, Haiti, Hedschas, Hon-

Gründungsmitglieder sollten die Sieger des Ersten Weltkriegs sein. Anders als bei dem Pendant bei der Neuordnung Europas nach den napoleonischen Kriegen, dem Europäischen Konzert der Großmächte, mussten die Verlierer beim Völkerbund vorerst draußen bleiben. Ungeachtet des pathetischen, verheißungsvollen Namens müssen wir im Völkerbund vor allem anfänglich primär

mannt. Die entsprechenden „Bestimmungen über Landheer, Seemacht und Luftfahrt“ bilden den Teil V des Diktats. Das Heer wurde auf 100 000, die Marine auf 15 000 Mann beschränkt. Flugzeuge, U-Boote, Panzer und Schlachtschiffe wurden den deutschen Streitkräften ebenso verboten wie der Fortbestand der allgemeinen Wehrpflicht und des Großen Generalstabs.

»Auspressen, bis die Kerne quietschen«

Aus dem Kriegsschuldartikel 231 des Versailler Diktates ergaben sich enorme Wiedergutmachungsforderungen

Aufgrund des Kriegsschuldartikels 231 galten nun „Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich ..., die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben“.

Zuerst Belgien und dann Frankreich waren Hauptkriegsschauplätze gewesen, und die dortigen Kriegszerstörungen waren in der Tat und auch von deutscher Seite unbestritten groß. Das Problem war, dass Großbritannien kein Kriegsschauplatz gewesen war und sich die Kriegszerstörungen auf versenkte und gekaperte Schiffe beschränkten. Da hatte der südafrikanische Delegationsleiter, General Jan Christian Smuts, eine

rettende Idee. Auf seinen Vorschlag hin wurden auch sämtliche Pensionen und Renten für Invaliden und Kriegshinterbliebene mit zu den Schäden gezählt. Damit hatten nun auch Mächte fernab vom Schuss wie Großbritannien hohe Ansprüche gegenüber Deutschland und die Voraussetzung war geschaffen, „die deutsche Zitrone auszupressen, bis ihre Kerne quietschen“, um es mit dem britischen Wirtschaftsmanager, Parlamentsabgeordneten und Minister Eric Geddes zu sagen.

Es ergab sich eine derart hohe Gesamtforderung gegenüber Deutschland, dass die alliierten und assoziierten Mächte bereits gleich nach dem Kriegsschuldartikel 231 im Artikel 232 feststellten, „daß die Hilfsmittel Deutschlands unter Berücksichtigung ihrer dauernden, sich aus den übrigen Bestimmungen des gegenwärtigen

Vertrags ergebenden Verminderung nicht ausreichen, um die volle Wiedergutmachung aller dieser Verluste und Schäden sicherzustellen“.

Zur Erstellung der Gesamtrechnung sollte ein sogenannter Wiedergutmachungsausschuss gebildet werden. Diesem interalliierten Ausschuss sollte je ein Mitglied samt Stellvertreter aus den fünf Hauptsiegermächten sowie Belgien und dem späteren Jugoslawien angehören. Ein Mitglied der Kriegsverlierer war nicht vorgesehen. Der Ausschuss kam 1921 auf eine Reparationssumme von 132 Milliarden Goldmark.

Eine Goldmark entsprach 0,358423 Gramm Feingold. 132 Milliarden Goldmark entsprachen also über 47 Milliarden Gramm Gold beziehungsweise 47 Millionen Kilogramm Gold beziehungsweise 47 000 Tonnen

Gold. Ein Gramm Gold kostete am 21. Februar 38,09 Euro. 132 Milliarden Goldmark entsprechen demzufolge über 1,8 Billionen Euro.

Außer über die Gesamtsumme hatte der Wiedergutmachungsausschuss auch noch zu entscheiden, in welchen Raten Deutschland die Summe bis 1941 bezahlen sollte.

Bis Versailles war es üblich gewesen, im Krieg zwischen dem Eigentum des feindlichen Staates und dem Privateigentum von dessen Bürgern zu unterscheiden. Letzteres galt zumindest in der Theorie noch als sakrosankt. Hiermit brach Versailles. Obwohl sich die deutsche Handelsflotte und die deutschen Auslandsguthaben größtenteils nicht in Staats-, sondern in Privatbesitz befanden, ließen sich die Siegermächte von Deutschland das Eigentum an neun Zehntel der

deutschen Handelsflotte und am gesamten deutschen Auslandsvermögen übertragen.

Abgesehen vom Regelbruch traf der Verlust fast der gesamten Handelsflotte und des gesamten Auslandsvermögens Deutschland als importabhängige Exportnation besonders schwer.

Ein weiterer Wettbewerbsnachteil gegenüber den Siegermächten war, dass Deutschland ihnen fünf Jahre lang die Meistbegünstigung einräumen musste, und das wohlgermekt ohne Gegenseitigkeit.

Hinzu kamen die Verpflichtung Deutschlands zu diversen Material- und Tierlieferungen, welche die Ernährungslage der Deutschen zusätzlich erschwerten. So mussten elf Prozent des Rinderviehs und ein namhafter Teil des Kleinviehs zusätzlich abgetreten werden.

Zum Abschluss noch eine Petitesse, der Artikel 274, der so-

nannte Champagnerparagraf. Dort hieß es: „Deutschland verpflichtet sich ... die Ein- und Ausfuhr sowie für das Inland die Herstellung, den Umlauf, den Verkauf und das Feilbieten aller Erzeugnisse oder Waren zu unterdrücken und zu verhindern, die auf dem betreffenden Gegenstand selbst oder seiner unmittelbaren Aufmachung oder seiner äußeren Verpackung irgendwelche Marken, Namen, Aufschriften oder Zeichen tragen, welche unmittelbar oder mittelbar falsche Angaben über Ursprung, Gattung, Art oder charakteristische Eigenschaften dieser Erzeugnisse oder Waren darstellen.“ Erst seitdem gibt es bei uns aus heimischer Produktion keinen Cognac mehr, sondern nur noch Weinbrand oder Brantwein sowie keinen Champagner mehr, sondern nur noch Schaumwein oder Sekt. M.R.

Kaum einer ging leer aus

Die Teile II bis IV des Versailler Diktats veränderten Deutschlands Staats- und Militärgrenzen

Durch die Versailler Grenzveränderungen verlor das Deutsche Reich nicht nur etwa 13 Prozent seines Territoriums mit rund einem Zehntel seiner Bevölkerung, sondern auch sein Weltkalimopol, 80 Prozent seiner Eisenervorkommen, 63 Prozent der Zinkergänge, 28 Prozent seiner Steinkohleförderung, 40 Prozent seiner Hochöfen, etwa ein Fünftel seiner Kartoffel-, Roggen- und Getreideerzeugung sowie rund ein Zehntel der Weizen- und Hafererzeugung.

Die Teile II und III des Versailler Diktats betreffen die „Grenzen Deutschlands“ und beinhalten „Politische Bestimmungen über Europa“. An etwa die Hälfte seiner Nachbarn musste Deutschland Gebiete abtreten, darunter auch Nachbarn, gegen die es gar nicht Krieg geführt hatte. Das ließ den Verdacht aufkommen, dass es ein Ziel der Sieger war, möglichst viele Nachbarn Deutschlands mit deutschem Siedlungsgebiet zu versehen, auf dass auch sie an der Niederhaltung Deutschlands interessiert waren.

Die deutsche Bevölkerung in den betreffenden Gebieten sah sich in der Regel vor die Wahl gestellt, entweder das Vaterland zu verlieren, sprich die deutsche Staatsangehörigkeit gegen diejenige des neuen Besitzers der eigenen Heimat einzutauschen, oder aber die Heimat zu verlieren, sprich die deutsche Staatsangehörigkeit zu behalten und die Heimat Richtung der Teile Deutschlands zu verlassen, die dem Reich verblieben waren.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde bei der Ziehung der neuen Grenzen mal mehr und mal weniger berücksichtigt.

An Belgien musste Deutschland das mehrheitlich von Deutschen bewohnte Eupen-Malmedy abtreten. In Artikel 38 heißt es zwar: „Während sechs Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags werden von der belgischen Behörde in Eupen und Malmedy Listen ausgelegt; die Einwohner dieser Gebiete sind berechtigt, darin schriftlich den Wunsch auszudrücken, daß diese Gebiete ganz oder teilweise unter deutscher Souveränität verbleiben“. Kaum einer traute sich jedoch noch, nachdem die ersten, die sich getraut hatten, vom belgischen Staat drangsaliert und diskriminiert worden waren. 80 Prozent der 60 000 Einwohner waren deutschsprachig, doch nur 271 Stimmberechtigte votierten für Deutschland. So erhielt das multiethnische Königreich neben den Flamen und Wallonen mit der deutschen eine dritte Volksgruppe.

Die deutsch-luxemburgische Zollunion wurde beendet. Außerdem musste sich Deutschland mit einem Ende der Neutralität Luxemburgs wie Belgiens einverstanden erklären und damit auch mit einem Bündnis der Sieger mit den deutschen Nachbarn Luxemburg und Belgien.

Elsass-Lothringen musste Deutschland an Frankreich ohne Abstimmung abtreten. Das genügt Frankreich aber nicht.

Wie nach dem Zweiten zeigte sich Frankreich auch nach dem Ersten Weltkrieg am Gewinn des Saargebietes interessiert und erhielt dort zumindest Sonderrechte. Frankreich erhielt das Eigentum an allen Kohlegruben und durfte das Saargebiet für 15 Jahre in sein Zollgebiet integrieren. In diesem Zeitraum wurde das Gebiet vom Völkerbund verwaltet. Nach den 15 Jahren sollte die Bevölkerung abstimmen, ob alles

beim Alten bleiben oder ob das Gebiet entweder zum Reich oder zu Frankreich kommen soll. Auf der Basis der Abstimmung sollte der Völkerbund dann entscheiden, welche Teile zu Deutschland, welche zu Frankreich und welche zum Völkerbund kommen. In den Teilen, die gegebenenfalls zu Deutschland zurückkehren sollten, war das Reich verpflichtet, Frankreich die Kohlegruben abzukaufen.

Gerne hätte Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg seine Militärgrenze bis an den Rhein vor-

Die neue Tschechoslowakei erhielt vom Reich das Hultschiner Ländchen.

Polen erhielt die meisten Gebiete von Deutschland, darunter den größten Teil der preußischen Provinzen Posen und Westpreußen. Von Ostpreußen erhielt Polen das Soldauer Gebiet, weil durch dieses Gebiet die Bahnverbindung von Warschau nach Danzig verlief. In einem Grenzstreifen Westpreußens zu Ostpreußen, dem sogenannten Abstimmungsgebiet Marienwerder, und im Süden Ostpreußens, dem sogenannten Ab-

rechnen war. Im südlichen Abschnitt hingegen, in dem eine deutsche Mehrheit zu erwarten war, wurde das Abstimmungsergebnis „gemeindeweise, und zwar nach der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde festgestellt“ in der Hoffnung, dass sich in der einen oder anderen Gemeinde vielleicht doch noch eine dänische Mehrheit fand. So war Deutschland nun auch bei der Grenzziehung gegenüber Dänemark übervorteilt.

Wenn die Siegermächte Russland auch den Separatfrieden

rechnen war. Im südlichen Abschnitt hingegen, in dem eine deutsche Mehrheit zu erwarten war, wurde das Abstimmungsergebnis „gemeindeweise, und zwar nach der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde festgestellt“ in der Hoffnung, dass sich in der einen oder anderen Gemeinde vielleicht doch noch eine dänische Mehrheit fand. So war Deutschland nun auch bei der Grenzziehung gegenüber Dänemark übervorteilt.

Wenn die Siegermächte Russland auch den Separatfrieden



geschoben, den es traditionell als seine natürliche Grenze betrachtet. Es kam zu einem Kompromiss mit den anderen Siegermächten. Analog zum Saargebiet kam es zu einer auf einhalb Jahrzehnte befristete Regelung.

Im Teil XIV über „Bürgschaften für die Durchführung“ heißt es: „Um die Ausführung des gegenwärtigen Vertrags durch Deutschland sicherzustellen, bleiben die deutschen Gebiete westlich des Rhein einschließlich der Brückenköpfe während eines Zeitraums von fünfzehn Jahren nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags durch die Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt.“

Ein klarer Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker war der Artikel 80 betreffs Österreich, das Anschlussverbot. Dort hieß es: „Deutschland erkennt die Unabhängigkeit Österreichs innerhalb der durch Vertrag zwischen diesem Staate und den alliierten und assoziierten Hauptmächten festzusetzenden Grenzen an und verpflichtet sich, sie unbedingt zu achten; es erkennt an, daß diese Unabhängigkeit unabänderlich ist, es sei denn, daß der Rat des Völkerbunds einer Abänderung zustimmt.“

stimmungsgebiet Allenstein, sollte die Bevölkerung befragt werden. Das Votum ging eindeutig für das Reich aus. Das Abstimmungsgebiet Allenstein blieb bei Ostpreußen, und das Abstimmungsgebiet Marienwerder bildete den Kern des neuen ostpreußischen Regierungsbezirks Westpreußen.

Wie in den Abstimmungsgebieten Marienwerder und Allenstein sah Versailles auch in Oberschlesien eine Abstimmung vor. Auch hier stimmte eine Mehrheit für den Verbleib beim Reich. Aller-

biet beschlossen, nur ohne zeitliche Befristung. Danzig wurde Freie Stadt mit Völkerbundsverwaltung, und so wie das Saargebiet an das benachbarte Frankreich wurde Danzig an das benachbarte Polen wirtschaftlich angebunden.

Besonders erbost war man in Deutschland, dass selbst Dänemark, das gar nicht am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte, deutsches Territorium bekommen sollte. Tatsächlich lag die deutsch-dänische Staatsgrenze

Ein halbes Dutzend Nachbarn annektierte etwa 13 Prozent des Reichsterritoriums

dings betrug die Mehrheit hier nur sechs Zehntel, und die Polen probten den Aufstand. Der Aufstand scheiterte zwar an deutschem Widerstand, aber die Polen waren insofern erfolgreich, als die Sieger Oberschlesien teilten. Polen bekam das wirtschaftlich ungleich interessantere Ostoberschlesien, in dem bis dahin rund ein Viertel der deutschen Steinkohle gefördert worden war.

Da von litauischer Seite behauptet wurde, dass im Memelgebiet mehrheitlich Litauisch gesprochen werde, und Litauen ei-

nördlich der Volkstumsgrenze, und die Bevölkerung sollte befragt werden. Allerdings wurde auch da getrickelt. Die Abstimmungszone südlich der Staatsgrenze sollte in zwei Abschnitte unterteilt werden. Im nördlichen Abschnitt sollte das Wahlergebnis „nach der Mehrheit der in diesem gesamten Abschnitt abgegebenen Stimmen“ bestimmt werden. Die Südgrenze des nördlichen Abschnitts wurde nun so weit südlich der Volkstumsgrenze gezogen, dass noch mit einer dänischen Gesamtmehrheit zu

Weder das eine noch das andere

Lösgelöst von jeglichen ethischen und moralischen Erwägungen hat es sich in der Geschichte rein machtpolitisch als opportunistisch erwiesen, einen besiegten Gegner entweder zu schonen oder ganz zu vernichten. Preußens Ministerpräsident Otto von Bismarck hat das nach dem Deutschen Krieg geradezu lehrbuchhaft praktiziert. In der Regel wurden die Verliererstaaten entweder annektiert oder kamen in den Genuss eines Verständigungsfriedens. Das hatte zur Folge, dass bei der nächsten Chance zur Revanche im Deutsch-Französischen Krieg die Verlierer von 1866 keine Revanche übten, weil es sie entweder nicht mehr gab, oder aber sie kein hinlängliches Interesse an einer Vergeltung hatten.

Zu den großen Verständigungsfrieden gehören die beiden Pariser Frieden nach den Koalitionskriegen, die in ihrer Dimension mit dem Ersten Weltkrieg vergleichbar sind. Obwohl die französische Niederlage eindeutig war einschließlich Einnahme der Hauptstadt Paris, einigte man sich im Prinzip auf die Rückkehr zu Frankreichs sogenannten alten Grenzen von vor den Kriegen und ein Mitwirken Frankreichs an der Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress. Die Milde der Behandlung Frankreichs lag auch daran, dass die Sieger den Regimewechsel vom „Usurpator“ und „Kind der Revolution“ Napoleon Bonaparte zu dem als legitim angesehenen Bourbonenkönig Ludwig XVIII. nicht gefährden wollten. Zudem war es auch konsequent und ehrlich, hatten doch die Siegermächte der Befreiungskriege wie die des Ersten Weltkrieges betont, weniger die Bevölkerung des Gegners als dessen politisches System bekämpfen zu wollen.

1945 waren die Sieger konsequenter

Einen vergleichbaren Regimewechsel im Sinne der Sieger am Ende des Völkerringens hatte es 1918/19 in Deutschland gegeben, diesmal von den Hohenzollern zur parlamentarischen Demokratie nach westlichem Vorbild. Hierauf nahmen die Westmächte aber anders als gut ein Jahrhundert zuvor die Sieger über das napoleonische Frankreich überhaupt keine Rücksicht. Sicherlich haben diese schlechten Erfahrungen der Deutschen mit den Westmächten nach dem Ersten Weltkrieg – in Kombination mit der Erfüllungspolitik prowestlicher Weimarer Politiker – der Sache des Westens in der Weimarer Republik ähnlich massiv geschadet wie nach dem Zweiten Weltkrieg die schlechten Erfahrungen der Deutschen mit der Sowjetunion – in Kombination mit der Nähe von KPD und DKP zur UdSSR – der Sache des Kommunismus in der Bundesrepublik.

Wenn das Versailler Diktat auch zu ungerecht und hart war, um von den Deutschen freiwillig akzeptiert zu werden, so war es doch andererseits zu milde, um den Deutschen langfristig oktroyiert werden zu können. Die Deutschen wurden keiner Besatzungsherrschaft unterworfen, sie wurden keiner Gehirnwäsche unterzogen, und ihren kleindeutschen Nationalstaat von 1871 durften sie behalten. Die Ressourcen und das Potenzial zur Großmacht blieben erhalten, wie der Zweite Weltkrieg gezeigt hat.

Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zogen daraus durchaus logische Konsequenzen und machten keine halben Sachen. Nicht umsonst wurde von Deutschland die bedingungslose Kapitulation gefordert. Das Land wurde besetzt, das Reichsgebiet in Besatzungszonen aufgeteilt und die Bevölkerung einer Reeducation unterzogen. M.R.

Manuel Ruoff

»Sudel-Ede« ist wieder da!

Die Propagandamasche eines Karl-Eduard von Schnitzler ist ins Fernsehen zurückgekehrt

Er ist wieder da! Nein, nicht Hitler, wie Timur Vermes 2012 in seinem kontrafaktischen Buch über das plötzliche Auftauchen des „Führers“ in der deutschen Gegenwart phantasierte. Sondern der Geist von Karl-Eduard von Schnitzler, dem Chefkommentator des DDR-Fernsehens, welcher am 30. Oktober

Denn die zeigen nun die gleiche arrogant-eifernde Attitüde wie der Vater des allmorgentlichen Propagandamachwerks „Der Schwarze Kanal“, welcher 1947 aus dem Westen in die sowjetische Besatzungszone wechselte und den viele DDR-Bürger nur als „Karl-Eduard von Schni ...“ kannten, weil sie sofort zum Fernseher sprinteten und diesen zum Verstummen brachten, wenn die schnarrende Stimme des verhassten Agitators erschallte.

Er hätte an heutigen TV-Machern seine helle Freude gehabt

Ebenso stehen die mentalen Erben des salonbolschewistisch veranlagten Urenkels von Kaiser Friedrich III. mit der Wahrheit auf Kriegsfuß: Genauso, wie „Sudel-Ede“ eine Reportage und einen Dokumentarfilm nach dem anderen mit „Fake News“ auspolsterte, bis es lächerlich wurde, präsentieren seine Epigonen frischfröhlich Halbwahrheiten oder Ausgedachtes.

1989 scheinbar für immer im Orkus der Zeitgeschichte verschwand.

Aber eben nur scheinbar, denn jetzt ist „Sudel-Ede“, wie das angewiderte Volk im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ den Giftspritzer allgemein nannte, unversehens in den öffentlich-rechtlichen Anstalten des einstigen „Klassenfeindes“ präsent – eins zu eins reinkarniert in diversen Moderatorinnen und Moderatoren der Nachrichtensendungen und Politmagazine von ARD und ZDF.

Dabei ist auch die Zielrichtung haargenau die gleiche: Der Hauptfeind sind die „Nazis“, welche hierzulande besonders dann als gefährlich gelten, wenn sie als normale Bürger daherkommen, die Probleme mit borniert-fanatischen Weltverbesserern haben.

Zu deren Entlarvung ist daher am Ende jedes Mittel recht – denn man steht ja auf der ideologisch richtigen Seite, weswegen Manipulationen und Unterstellungen stets einem guten Zweck dienen.

Also werden analog zum „Schwarzen Kanal“ Zitate aus dem Zusammenhang gerissen und allerlei kurze Filmsequenzen zusammengeklippt, bis die Botschaft stimmt. „Schni ...“ hätte seine helle Freude an der „Berichterstattung“ über die „Ausländerjagden“ in Chemnitz gehabt. Und er wäre auch voller Eloquenz auf die AfD losgegangen, um ihr jede nur denkbare Missetat bis hin zur tödlichen Hatz auf einen Regierungspräsidenten unterzujubeln, wenn es diese Partei damals schon gegeben hätte. Schließlich sah er sich als „Politiker, der den Beruf eines Journalisten ausübt.“ Besser könnten Claus Kleber oder Anja Reschke ihr Credo auch nicht formulieren.

Einen wesentlichen Unterschied zwischen der Zeit, als „Sudel-Ede“ noch sein Gift verspritzte, und der Gegenwart, in der die „Qualitätsmedien“ zum „Kampf gegen Rechts“ blasen, gibt es allerdings. Um in den Genuss der

Elaborate von Ulbrichts und Honckers Sprachrohr zu kommen, brauchten die DDR-Bürger keinen Pfennig zu berappen: Der „Schwarze Kanal“ konnte empfangen werden, ohne dass GEZ-Büchel hierfür eine „Demokratieabgabe“ erpressten. So viel Chuzpe besaßen nicht einmal die Ost-Berliner Gerontokraten! Die be-

Für »Ede« musste man noch keine GEZ-Gebühr zahlen

gnügten sich mit ihrer Stasi, die sicherstellte, dass niemand die gratis frei Haus gelieferten Tiraden Schnitzlers kritisierte.

Ansonsten besticht aber die Ähnlichkeit des journalistischen Wirkens von „Sudel-Ede“ und der Aushängeschilder der Öffentlich-Rechtlichen. Daher sollte das Agitprop-Talent der Letzteren nicht nur mit einem Claas-Hendrik-Relotius-Preis, sondern ebenso mit der Karl-Eduard-von-Schnitzler-Gedächtnismedaille gewürdigt werden.

Wolfgang Kaufmann

Moment der Woche

Bild: pa

Einst waren Priester für Glaube und Moral zuständig, während sich Politiker um die Politik kümmerten. Heute dagegen argumentieren Politiker zunehmend im Tone der hohen Moral, derweil die Kirchen sich tiefer und tiefer

Ab 130 wird's »unchristlich«?

ins politische Geschäft mengen. Die Evangelische Kirche Mitteldeutschland hat nun offenbar erkannt, dass Autofahren mit mehr als 130 Kilometern pro

Stunde unchristlich ist, und eine Petition für ein entsprechendes Tempolimit auf Autobahnen gestartet. Fast alle evangelischen Landeskirchen und einige katholische Bistümer haben sich angeschlossenen.

Indessen leeren sich die Gotteshäuser und schrumpfen die Mitgliederzahlen der Kirchen. Ob da ein Zusammenhang bestehen könnte, will niemand wissen. H.H.

Das Elend der Diplom-Demokraten

»Kreißaal, Hörsaal, Plenarsaal«: Immer weniger Politiker haben eine eigene Vorstellung vom Leben des gemeinen Volkes

Im Bundestag sind Akademiker beinahe unter sich. Nicht bloß, dass sich das Hohe Haus damit vom Volk entfernt. Auch sind viele der Titel nicht einmal annähernd so glanzvoll, wie sie in der Öffentlichkeit erscheinen sollen.

Abgeordnete des Bundestags sollen gemäß Grundgesetz das ganze Volk vertreten. Stattdessen schweben sie ganz oben drüber. Rund 80 bis 90 Prozent aller Mitglieder des Hohen Hauses haben einen Hochschulabschluss. Hoch, höher, noch höher: Der Anteil der Großkopfen steigt von einer Legislaturperiode zur nächsten. Das Handbuch des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung nennt Deutschland deshalb eine „Akademiker-Republik“. Doch nur 14 von 100 Bürgern sind so gebildet. Von den übrigen 86 „werden ‚die da oben‘ als fremd und weit entfernt von den eigenen Problemen wahrgenommen“. So sieht es Armin Schäfer, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Osnabrück, mit Blick nach unten.

Im Missverhältnis zwischen „Diplom-Demokraten“ und Durchschnitts-Denkern sieht der belgische Historiker David Van Reybrouck die Quelle des Populismus. Eine kopflastige und praxisferne Politik habe selbst die Politikverdrossenheit hervorgebracht. Mit Reybrouck darf man getrost von einem demokratischen Skandal sprechen. Gebührend harsch handelt der in Berlin lebende Verfasser die Bildungspatrisier ab. Lobgesänge von „Qualitäts-Journalisten“ auf den Götterwohnsitz Asgard zu Berlin vergrößern das Ärgernis.

Die Universitäten, wo Akademiker gedeihen, sind als Brutstätten politischer Korrektheit verrufen. Dort geben Ideologen den Ton an, die alle Menschen zu ihrem mutmaßlichen Glück zwingen wollen. Sendungsbewusstsein hat schon mehr Unheil über die Welt gebracht als alle unpolitischen Alltagsverbrecher zusammen. Zudem wird man an Hochschulen damit verwöhnt, vergleichbar gebildetes Volk anderer Länder vor sich zu haben. Folglich kommen

Abgeordnete mit diesem Vorlauf gewöhnlichen Landsleuten gern globalisiert, gegendert, grün, und multikulturell daher.

Derweil muss sich Otto Normalverbraucher auch mit dem Problem potenzial auseinandersetzen, das eine unkontrollierte, gesetzwidrige Zuwanderung ins Land spült. Abenteuerliche Asyl- und Ausländerpolitik lockt Terroristen, Fanatiker und gewöhnliche Kriminelle geradezu an. Die 86 Prozent ohne akademische Trimmung können dem Multikulti-Traum folglich wenig abgewinnen.

Ferner ist bis in die Niederungen von Pisa vorgedrungen, wie vielen „Diplom-Demokraten“ es an praktischer Erfahrung gebricht. So hat sich Hubertus Heil von der SPD nie außerhalb der Politik betätigt. Ungeachtet dessen leitet er ausgerechnet das Ministerium für Arbeit. Parteigenosse und Außenminister Heiko Maas ist Jurist, hat aber seinen Beruf niemals ausgeübt. Verkehrsminister Andreas Scheuer von der CSU bezwang zwei Studiengänge und saß 16 seiner 43 Jahre im Bundestag. Mithin hatte er gar keine Zeit, einem gewöhnlichen Brotverdienst nachzugehen.

„Kreißaal, Hörsaal, Plenarsaal“ sind die Stationen des Politikers von heute. Von den 67 Abgeordneten der Grünen haben ganze sieben einen Beruf erlernt.

Eine der wenigen Ausnahmen bildet Flugzeugführer Thomas Ehrhorn von der AfD. Die „Berliner Zeitung“ zählt ihn zu den „Exoten“ unter den 709 Bankdrückern im Reichstag. Exoten sind seltene Gewächse, die meist auf der roten Liste bedrohter Arten stehen. Auch Detlef Müller, SPD, gehört dazu. Er hat als Lokführer seinen Traumberuf gefunden. „Man ist Herr über eine gewaltige Maschine mit 4000 PS“, schwärmt er und mahnt zugleich, „das ist eine große Verantwortung“.

Zu seinen Parlamentskollegen meint Müller: „Allerdings gibt es viele Abgeordnete, die ausschließlich in der Politik Karriere gemacht haben. Das finde ich problematisch, denn als Abgeordneter geht es doch um die Erfahrung, die man aus dem Alltag mitbringt. Ich glaube, dass mein früherer Beruf mich erdet. Ich lasse mich von dem Berliner Rummel nicht verrückt machen. Ich weiß immer: Es gibt auch noch eine andere Welt.“

In der einen Welt blendet meist, was golden glänzt. Im Lebenslauf seines Parteigenossen, des Abgeordneten Frank Schwabe, prangt: „Studium der Volkswirtschaftslehre in Osnabrück und der Landeskultur, Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie in Essen.“ Hört sich gewichtig an. Schwabes Schönheitsfehler: Er hat davon nichts zu Ende gebracht. Vorlesungen zu lauschen ist das eine. Sich der Prüfung von Kenntnis und Verständnis umfangreicher Stoffe zu stellen, ist etwas anderes.

Parteigenossin Petra Hinz tat weder das eine noch das andere. Sie saß elf Jahre im Bundestag, gab vor, Anwältin zu sein, hatte jedoch keines der beiden juristischen Staatsexamen abgelegt, noch besaß sie die Hochschulreife, alles frei erfunden. Zurzeit sieht sich die sozialdemokratische Familienministerin Franziska Giffey Vorwürfen ausgesetzt, sie habe beim Erwerb des Doktorgrads der Freien Universität Berlin geschummelt. Ein beträchtlicher Teil der Bildungsblase scheint Schaumschlagerei zu sein.

Dem ehemaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor Maria Ni-

kolous Johann Jacob Philipp Franz Joseph Sylvester Buhl-Freiherr von und zu Guttenberg von der CSU wurde sein akademischer Grad deshalb aberkannt. Das konnte er aber bei der Fülle anderer Titel sicherlich verschmerzen. Er hatte große Teile seiner Dissertation abgeschrieben, ohne die Quelle zu nennen. Ebenso erging es der einstigen Bildungsministerin Annette Schavan von der CDU. Beide mussten von ihren Ämtern zurücktreten.

Wenn ihnen keine bessere Ausrede für Unzulänglichkeit einfällt, reden Volksvertreter von „Sachzwängen“. Dazu lassen „Diplom-Demokraten“ gern ihre Titel herabhängen. Damit sollen ihre Angaben an Gewicht gewinnen. Wenn es ein Doktor sagt, muss doch was dran sein. Kennzeichnend für solche Luftnummern ist emsiger Gebrauch von Fremdwörtern. Talkshow-tauglich durchgestylt empfinden viele Politiker riechende Kinder des Volkes offenbar als Zumutung. Jedenfalls bekunden manche ihr Bemühen, sich vom „Pack“ abzugrenzen. Glatte Oberflächen ohne Ecken und Kanten erleichtern es, in alle verfügbaren Rollen zu schlüpfen: gestern Justizminister, heute Außenminister, morgen wieder etwas anderes.

Ein Mandat im Parlament ist reichlich vergütet: 9541,74 Euro im Monat plus Aufwands-Pauschale in Höhe von 4318,38 steuerfrei. Außerdem erhält jeder Abgeordnete eine „Bahncard 100“ für die Erste Klasse. Damit kann er alle Züge in ganz Deutschland benutzen, auch zu privaten Fahrten. Kostenpunkt monatlich weitere 591 Euro. Flüge bekommt er ebenso ersetzt, allerdings nur bei Nachweis dienstlicher Zwecke.

Doch wann ist ein Mitglied des Bundestags nicht im Dienst? Claudia Roth von den Grünen flog kürzlich dienstlich in die Südsee. Ihr Besuch der Inselparadiese Fidschi und Kiribati diente angeblich der Rettung des Klimas. Freilich verursachte ihr Flug über 41 000 Kilometer zu den Traumstränden unter Kokospalmen jede Menge Kohlendioxid, an dem die Großwetterlage so sehr leidet,

wenn es nach den Grünen geht. Nach ihrem Abschied von den Berliner Pfründen erhalten Abgeordnete ihre Bezüge zunächst weiterhin als Übergangsgeld, für jedes Jahr im Bundestag einen Monat länger. Obendrauf kommt ein Zuschuss zur Rente in Höhe von 239 Euro monatlich. Nach einer Legislaturperiode von vier Jahren summiert sich das auf 950 Euro im Monat. Für die Kranken- und Pflegeversicherung gibt es nochmal einen Zuschlag.

Mithin gerät der gegenwärtige Bundestag zum teuersten aller Zeiten. „Bild“ hat zusammengezählt, was das XXL-Parlament mit 709 Sitzen den Steuerzahler kostet: 1,04 Milliarden Euro. Eine Milliarde sind tausend Millionen. Der Präsident des „Blähnumms“, Wolfgang Schäuble, machte da-

Kosten für das Parlament gehen durch die Decke

rum den Vorschlag, wenigstens 68 Versorgungsposten einzusparsen. Sein Vorstoß scheiterte.

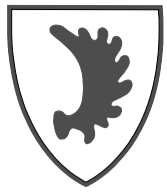
Doch richtig verdienstvoll geht es erst bei den Nebeneinkünften zu. Laut der Netzseite „abgeordnetenwatch“ kassierte der frühere Forschungsminister Heinz Riesenhuber von der CDU binnen dreier Jahre mindestens 350 000 Euro von der Schweizer Beteiligungsgesellschaft Healthcare Investments, „wahrscheinlich sogar deutlich mehr“. Doch das war noch ein Klacks gegen das Zubrot von Philipp Graf von und zu Lerchenfeld von der CSU. Mindestens 2 198 500 Euro, so beziffert „abgeordnetenwatch“ allein dessen meldepflichtige Nebeneinkünfte in der vergangenen Legislaturperiode.

Jeder vierte Abgeordnete verdient hinzu. Meldepflichtig sind freilich nur Einkünfte von mehr als 1000 Euro monatlich. Bei Otto Normalverbraucher wäre das schon Steuerhinterziehung. Das Finanzamt billigt ihm nicht einmal die Hälfte zu, nämlich höchstens 450 Euro. Volker Wittmann



Abgeschirmt vom wirklichen Leben: Abgeordnete im Bundestag

Bild: Mauritius



MELDUNGEN

Neues Institut in Allenstein

Alenstein – In Allenstein hat das wissenschaftliche Forschungszentrum „Wojciech-Ketrzynski-Nord-Institut“ seine Tätigkeit aufgenommen. Es hat die Aufgabe, zur Geschichte des südlichen Ostpreußen zu forschen und das kulturelle Erbe zu wahren. Neben Sammeln, Aufbewahren und der Pflege des wissenschaftlichen Bestandes zählt dazu die Herausgabe wissenschaftlicher und populärwissenschaftlicher Bücher sowie der Zeitschriften „Masurisch-Ermländische Kommunikate“ und „Regionen und Grenzland“. Die Einrichtung wird auch Bildungs-Projekte, Begegnungen und Ausstellungen sowie Stipendien-Programme durchführen. Das Institut hat die Internet-Adresse: www.ip.olsztyn.pl PAZ

»Residenz am Meer« in Cranz

Cranz – Am westlichen Stadtrand soll auf einem 23 Hektar großen Gelände ein neuer Stadtteil entstehen. Eine Baufirma, die bereits einen Campingplatz, Parkplätze, Toilettenhäuser und einen Rettungsturm am Strand gebaut hat, plant die Errichtung eines ganzen Stadtteils namens „Residenz am Meer“ mit eigener Infrastruktur: Eine Promenade, Radweg, Tennis- und Basketballplätze, eine Wellness-Zone und Spazierwege sollen den künftigen Bewohnern zur Verfügung stehen. Für die Realisierung muss allerdings noch der Bebauungsplan geändert werden. Bisher waren Erholungs- und Gesundheitszentren in mittelhohen Bauten vorgesehen. MRK

Kultur in neuem Ambiente

VdGEM feierten ihr diesjähriges Sommerfest erstmals in Heilsberg – LO war mit starker Gruppe vertreten

Am 15. Juni feierte in Heilsberg der Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) sein diesjähriges Sommerfest. Bei herrlichem Sonnenschein ging die Premiere am neuen Ort problemlos in mehreren Sprachen über die Bühne. Einige hundert Zuschauer, darunter eine große Gruppe der Landsmannschaft Ostpreußen aus Mecklenburg-Vorpommern, hatten ihre Freude an den kulturellen Darbietungen.

In den letzten Jahren fand das Ostpreußische Sommerfest abwechselnd in den Amphitheatern in Allenstein und Osterode statt. Zeit für einen neuen Standort fanden nicht nur die Verantwortlichen beim Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren. „Unsere Mitglieder wollten eine neue Umgebung, neue Eindrücke. Außerdem bedeutete die Wahl von Heilsberg für einige Gesellschaften kürzere Wege“, begründete der Vorsitzende Heinrich Hoch die Änderung. Auf Heilsberg fiel die Wahl, da dort das neue Amphitheater, das zu Füßen der Heilsberger Burg, des früheren Sitzes der ermländischen Bischöfe, am Ende des Burggrabens angelegt worden war, als passender Rahmen für die Veranstaltung lockte.

Außerdem boten die sehr aktive Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Warmia“ in Heilsberg und ihre guten Beziehungen zur lokalen Verwaltung hervorragende Voraussetzungen für die Organisation des Sommerfestes. Heilsbergs Bürgermeister Jacek Wisniewski etwa ließ es sich nicht nehmen, anfangs ein Grußwort zu sprechen, und kam auch am Ende der



Sieger des diesjährigen Wettbewerbs des deutschen Liedes: Die Gruppe „Wild“ bei ihrem Auftritt

Bild: U.H.

Veranstaltung wieder, um den Chor der Gesellschaft „Warmia“ anzuhören.

Auch in den Grußreden anderer Ehrengäste war die positive Haltung zur Deutschen Minderheit zu spüren, die die Woiwodschaft Ermland-Masuren auszeichnet. Wiktor Marek Leyk, der Beauftragte des Marschalls für Minderheitenfragen, erinnerte an die ersten teilweise freien Wahlen in Polen vor 30 Jahren, am 4. Juni 1989. Im Gefolge dieser Wahlen kam es zum deutsch-polnischen Freundschaftsvertrag, der die Gründung der Gesellschaften der Deutschen Minderheit in der Republik Polen mög-

lich machte.

Einige der älteren Gäste des Sommerfestes erinnern sich noch gut an diese Gründungszeit und

Freundschaft hält seit 30 Jahren

die Entstehung der Vereine der Deutschen Minderheit. Viele der auftretenden jungen Künstler waren hingegen damals noch nicht einmal auf der Welt. Weder die Tänzer der Gruppe „Saga“ von der Deutschen Minderheit aus Barthenstein noch die Sängerinnen

und Sänger der Gruppe „Wild“ vom Jugendkulturhaus und der Deutschen Minderheit in Heilsberg, die vor Kurzem den diesjährigen Wettbewerb des deutschen Liedes in Osterode gewonnen hatte. Auch die Tänzer und Sänger der Gruppe „Sariana“ aus Königsberg, die am dortigen, heute nicht mehr existierenden Deutsch-Russischen Haus aktiv waren, oder die Tänzer der Kindergruppe der Deutschen Minderheit in Neidenburg sind zu jung, um sich an diese Zeit zu erinnern.

Aber sie alle tragen farbenfroh die unterschiedlichen Facetten der Kultur ebenso weiter wie die Chöre

aus den Gesellschaften der Deutschen Minderheit – und die Landsmannschaft Ostpreußen aus Mecklenburg-Vorpommern, die seit dem allerersten Sommerfest jedes Jahr auf Besuch kommt und diesmal mit über 60 Personen vor Ort war. Dank der finanziellen Unterstützung des deutschen Generalkonsulats in Danzig und des Innenministeriums in Warschau, aber auch der lokalen Verwaltung und des Marschallamtes der Woiwodschaft Ermland-Masuren in Allenstein konnten einige hundert Menschen diese kulturellen Darbietungen live erleben und genießen. Uwe Hahnkamp

Intelligente Haltestelle in Betrieb

Studenten der Königsberger Kant-Universität überzeugten mit ihrer Innovation

Seit Kurzem gibt es am Königsberger Busbahnhof eine Neuerung, eine sogenannte intelligente Haltestelle. Sie ist eine Erfindung junger Wissenschaftler und Konstrukteure.

Das Projekt hat ein junger, aus Indien stammender, Unternehmer namens Alen Atrej ermöglicht. Seine die innovative Jugendkreativität fördernde Firma Alen Tech ist ansässig in einem Zentrum, das im Ingenieur- und Technischen Institut der Kant-Universität beheimatet ist. Im vergangenen Jahr wurde seine Firma als bestes „Start-Up“ auf dem internationalen Forum für intellektuelle Besonderheiten, „IP-Quorum“, das in Rauschen stattfand, ausgezeichnet. Das Preisgeld betrug umgerechnet rund 14000 Euro sowie weitere 7000 Euro, die Sponsoren gespendet hatten. Alen und seine Kollegin Aljona Maximenko, Aspirantin an der Uni, investierten das Geld in die Schaffung eines experimentellen Moduls einer intelligenten Haltestelle. Sie verfügt über eine Luftreinigung und ein Überwachungssystem in Echtzeit der Luftqualität. Der neue Komplex ist in der Lage, die Luft in



Prototyp am Königsberger Busbahnhof: Junge Techniker entwarfen einen völlig neuen Typ von Bushaltestelle

Bild: J.T.

seinem Inneren von Tabakqualm, Viren und Autoabgasen zu reinigen.

Die intelligente Haltestelle beinhaltet ein Reinigungs- und Luftfiltersystem und ist ausgestattet mit einem Klimakontrollsystem für die Regulierung der Temperatur. Es gibt sowohl eine Sitzheizung als auch eine autonome Stromversorgung. An der Bushaltestelle befindet sich ein Bedienfeld mit einem

Berührbildschirm, über den Kunden Bustickets buchen und kaufen sowie Informationen zu Routen abrufen können. Die autonome Stromversorgung wird durch Sonnenkollektoren und Windkraftanlagen gewährleistet. Für die Bequemlichkeit der Passagiere gibt es Wi-Fi und USB-Ladestationen mit vier verschiedenen Anschlüssen für mobile Geräte. An der Anschlagtafel und der Sitzbank war der be-

kannte Hersteller von Verbundprodukten aus Königsberg, die Firma PGM-Urban Space, beteiligt.

Jetzt hat ein Prototyp am Busbahnhof seine Arbeit aufgenommen. Die Entwickler sind zuversichtlich, dass der Haltestellenkomplex weniger als 21000 Euro kosten wird, wenn er in Serie gefertigt wird. Über diese Möglichkeit wird in Königsberg bereits nachgedacht. Jurij Tschernyschew

Kultur-Vermittler

Jurij Userzow in Gumbinnen

Ein Vermittler zwischen beiden Ländern, Russland und Deutschland. So hat Natalia Sitnikowa, Museumsdirektorin der Stadt Gumbinnen, das Heimatmuseum von Kraupischken und dessen Ausstellung „Spaziergang durch das alte Kraupischken“ anlässlich der Eröffnung in Gumbinnen bezeichnet.

Es sei bemerkenswert, dass es kein Stadtmuseum mit reichen Ausstellungsobjekten ist, das eine Ausstellung aufs Land bringt, sondern eine Dorfschule, die der Stadt etwas anbieten hat. „Spaziergang durch das alte Kraupischken“ wurde bereits in Königsberg im Museum „Friedländer Tor“ ausgestellt, wie auch in Tilsit, Ragnit und Haselberg. Gumbinnen ist die fünfte Stadt im „Bernsteinland“, in die Gründer und Museumsleiter Jurij



Überzeugend: Jurij Userzow

Bild: privat

Userzow seine Schätze hingebracht hat.

Die Eröffnung der Ausstellung, an der auch Gäste aus Ragnit teilnahmen, wo die Exponate zuvor gezeigt worden waren, verlief in feierlicher Atmosphäre. Es fielen freundliche Worte. Es wurde auch gesungen, und man schenkte einander Souvenirs.

Userzow „führte“ die Gäste zunächst durch „Kraupischken“ und stellte wie immer in beeindruckender Art und Weise die besonderen Museumstücke seiner Ausstellung vor. Der Applaus dafür war verdient. M. Tamrasow

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Saager, Lore, geb. **Drengwitz**, aus Lyck, Bismarckstraße 16, am 1. Juli

ZUM 101. GEBURTSTAG

Cudnochowski, Anna, geb. **Reinert**, aus Großdorf, Kreis Johannisburg, am 3. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kiesewalter, Frieda, geb. **Borowski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 28. Juni
Klein, Erwin, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 29. Juni
Zozmann, Martha, geb. **Bern**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 29. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bittner, Hildegard, geb. **Skrodzki**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 30. Juni
Gehrau, Edith, geb. **Timm**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 29. Juni
Karnahl, Margarethe, geb. **Apfel**, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 3. Juli
Richter, Dr. Brigitte, geb. **Loertzer**, aus Lyck, Hindenburgstraße 3/4, am 3. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bandilla, Otto, aus Milussen, Kreis Lyck, am 2. Juli
Bessel, Werner, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Hoffmann, Gerda, geb. **Retat**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Krüger, Anneliese, geb. **Genseleiter**, aus Lyck, am 3. Juli
Pyko, Karl, aus Plöwkken, Kreis Treuburg, am 30. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Barnieck, Hildegard, geb. **Schmidt**, aus Lyck, Lycker Garten 61, am 30. Juni

Biskupek, Ingeborg, geb. **Till**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juli

Figur, Waltraud, geb. **Sawitzki**, aus Littfinken, Kreis Neidenburg, am 28. Juni
Gottuck, Liesbeth, geb. **Jerosch**, aus Lyck, am 29. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Blank, Irmgard, geb. **Gandlau**, aus Talken, Kreis Lötzen, am 27. Juni
Burba, Klaus, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 28. Juni
Fibiger, Anton, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Gropp, Antonie, geb. **Wilkat**, aus Rauschmünde, Kreis Ebenrode, am 30. Juni
Hildebrandt, Elfriede, geb. **Reinert**, aus Großdorf, Kreis Johannisburg, am 28. Juni
Jaschinski, Heinz, aus Ortelsburg, am 3. Juli
Neumann, Gertrud, geb. **Liedtke**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 2. Juli
Pingel, Olga, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 4. Juli
Scheel, Hedwig, geb. **Niedzwetzki**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 3. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Doerfert, Ella, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 28. Juni
Fischer, Hans, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Kammler, Liesbeth, geb. **Pedak**, aus Liskan, Kreis Lyck, am 30. Juni
Kerat, Waltraud, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 1. Juli
Mikeleit, Ilse, geb. **Engel**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 2. Juli
Myska, Helene, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 29. Juni
Spieß, Elfriede, geb. **Nowak**, aus Babeck, Kreis Treuburg, am 3. Juli
Werner, Rudolf, aus Schapten, Kreis Ebenrode, am 29. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Behrend, Eva, geb. **Hakelberg**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 2. Juli
Brauer, Edeltraut, geb. **Falk**, aus Lyck, am 1. Juli
Eckert, Hannelore, aus Lyck, am 28. Juni
Erle, Waltraud, geb. **Wiechert**, aus Bladiu, Kreis Heiligenbeil, am 1. Juli
Gogoll, Günter, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 30. Juni
Grötzner, Hella, geb. **Biallas**, aus Lyck, Abbau/Waldfrieden, am 2. Juli
Hinz, Gerhard, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 1. Juli
Kaun, Gerhard, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 4. Juli
Lenkeit, Helmut, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 2. Juli
Manke, Dr. Joachim, aus Schalllen, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Rinkewitz, Ilse, geb. **Korytkowski**, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 2. Juli
Weiser, Herta-Johanna, geb. **Rohmann**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 28. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Block, Irene, geb. **Mielke**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Eberhardt, Ruth, geb. **Nass**, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Fischer, Else, geb. **Salusko**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 2. Juli
Gieger, Udo, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 30. Juni
Gralla, Helmut, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Juli
Majer, Gertraud, geb. **Hellwig**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Nitzko, Hans, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 28. Juni
Pfeiffer, Paul, aus Kleschen, Kreis Treuburg, und Skomanten, Kreis Lyck, am 3. Juli

Richter, Ruth, geb. **Fritzenwanker**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 30. Juni

Rüffler, Waltraud, geb. **Lenski**, aus Michelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Stawström, Anneliese, geb. **Kummetz**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 30. Juni
Tullney, Ernst, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 2. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Behnk, Edeltraud, geb. **Tiedtke**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 1. Juli
Dankwardt, Elly, geb. **Nietz**, aus Seehausen, Kreis Ebenrode, am 3. Juli
Fleischer, Helga, geb. **Witte**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Heucker, Christel, geb. **Samlinski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 3. Juli
Hofmann, Wilfried, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 28. Juni
Knerr, Gudrun, geb. **Thiel**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 30. Juni
Kowalzik, Hans-Albert, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 3. Juli
Liljeholm, Ursula, geb. **Moritz**, aus Treuburg, am 4. Juli
Matzkow, Edeltraud, geb. **Brodowski**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 28. Juni
Memarabachi, Gisela, geb. **Damm**, aus Werdern/Grüntal, Kreis Tilsit-Ragnit, am 29. Juni
Neumann, Erich, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 28. Juni
Nitzsche, Annemarie, geb. **Seidel**, aus Ebenrode, am 2. Juli
Nogga, Manfred, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 3. Juli
Oberüber, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 4. Juli
Olbricht, Else, aus Preußenburg, Kreis Lötzen, am 1. Juli

Pizzo, Ursula, geb. **Schulz**, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 3. Juli
Pokern, Alfred, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 3. Juli
Rahn, Erich, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 28. Juni
Rogall, Ursula, geb. **Diesing**, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 28. Juni
Schröder, Hanna, geb. **Becker**, aus Gumbinnen, am 4. Juli
Tampus, Herbert, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 4. Juli
Tietse, Gerda, geb. **Stange**, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 30. Juni
Wöllner, Irmgard, geb. **Sabitzki**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 30. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ahlers, Waltraud, geb. **Ruckensfeld**, Kreis Elchniederung, am 30. Juni
Andree, Edeltraud, geb. **Koschorrek**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 29. Juni
Bachmann, Gerd, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Baumgart, Lothar, aus Lötzen, am 27. Juni
Dobiasch, Elfriede, geb. **Pawlitzki**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 3. Juli
Dombrowski, Erwin, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 30. Juni
Hasse, Horst, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Hermann, Hans-Jürgen, aus Schwiddern, Kreis Lötzen, und Kreis Treuburg, am 1. Juli
Hientzsch, Edith, geb. **Pukrop**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 30. Juni
Holzlehner, Winfried, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 1. Juli

John, Vilmar, aus Freund, Kreis Ebenrode, am 28. Juni
Kelbassa, Karl, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 28. Juni
Kröhnert, Reinhard, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. Juni
Kruse, Marianne, geb. **Keßler**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 4. Juli
Markowski, Manfred, aus Schuchten, Kreis Treuburg, am 30. Juni
Merkel, Peter, aus Lehlesken, Kreis Ortelsburg, am 29. Juni
Möller, Hildegard, geb. **Müller**, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 29. Juni
Reiners, Sigrid, geb. **Unruh**, aus Odertal und Mulden, Kreis Gerdaunen, am 3. Juli
Ulle, Edelgard, geb. **Holzlehner**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 1. Juli
Wermke, Ulrich, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Böhnke, Klaus, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 3. Juli
Ertner, Karola, geb. **Hennig**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juli
Fuchs, Veronika, geb. **Federmann**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 28. Juni
Kobus, Kurt, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 2. Juli
Rachor, Gisela, geb. **Basmer**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 2. Juli
Rothenberger-Behr, Karin, geb. **Neimann**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 3. Juli
Schinnossek, Wilfried, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 2. Juli
Seydel-Lewicki, Renate, geb. **Seydel**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

PAZ wirkt!

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



Kreisgemeinschaft ALLENSTEIN e.V.

Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Patenanschrift: Gemeindeverwaltung Hagen a.T.W., 49170 Hagen a.T.W., Schulstraße 7

Kreisversammlung

Die Wahl zur neuen Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. (Stadt und Land) im März 2019 hat 24 Kandidaten erbracht, und zwar 16 vom Land- und acht vom Stadtkreis. Nach Einholung juristischen Rates kamen am 1. Juni 2019 acht gewählte Kreistagmitglieder zur eingehenden Beratung zusammen. Einstimmig wurde beschlossen: Allen 24 Gewählten ist das Abstimmungsergebnis bekanntzugeben mit der Bitte um Äußerung, ob sie die Wahl annehmen. Zugleich sind alle 24 unverzüglich schriftlich unter Beifügung einer Tagesordnung gemäß § 9 Absatz 5 der neuen Vereinsatzung einzuladen zu der außerordentlichen Kreisversammlung am 29. Juni, 10 Uhr in das Rathaus Hagen am Teutoburger Wald,

Schulstraße 7, 49170 Hagen. Die Tagesordnung verhält sich vornehmlich zum Thema Vorstandswahlen (vertretungsberechtigter, geschäftsführender und erweiterter Vorstand). Das wird zur Handlungsfähigkeit der neuen Kreisgemeinschaft, die inzwischen gerichtlich eingetragen ist, ihre Gemeinnützigkeit erlangt hat und über ein neues Konto verfügt, dringend erforderlich.

Horst Tuguntke, Pressereferent, Artur Korczak, gerichtlich eingetragenes vertretungsberechtigtes Vorstandsmitglied



ANGERBURG

Kreisvertreter (komm.): Brigitte Junker, Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Gerhard Mörchel

Vor einigen Jahren begann der Angerburger Heimatbrief (AHB)

unter der Überschrift „Was wurde eigentlich aus...?“ an einzelne Mitglieder der Kreisgemeinschaft zu erinnern, von denen schon seit längerer Zeit in den Kreistreffen in Rotenburg oder in Wald-Michelbach nichts zu hören und zu sehen war.

Was also wurde eigentlich aus Pfarrer i. R. Gerhard Mörchel aus

Anwalde (Buddern, Kreis Angerburg)?

Wer in der Angerburger Gemeinde kennt Gerhard Mörchel nicht, den Kreisältesten und Träger der silbernen Ehrenmedaille der Landsmannschaft Ostpreußen?

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 15

Zusendungen für Ausgabe 28

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 28/2019 (Erstverkaufstag: 12. Juli) bis spätestens Mittwoch, 3. Juli an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

TERMINE DER LO 2019

20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
 7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
 19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
 1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
 2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
 9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html



Es sieht nur so aus, als ob die Schlorren zu groß seien: Gerhard Mörchel 2017 in Worms

Bild: Joachim H. Hoffmann

Schloss Ludwigsburg in Vorpommern

Großer Jubel – Rettung für das Pommernschloss – der Landtag Mecklenburg-Vorpommern stimmte am 20. Juni 2019 dem Kauf und der damit verbundenen Sanierung zu



Mousselinzimmer mit Deckenmalerei – Aus dem Fotoalbum der Familie Weissenborn

(Foto Förderverein)

Schloss Ludwigsburg, male- risch am Greifswalder Bod- den gelegen, wurde zwischen 1577 und 1592 von Herzog Ernst Ludwig von Pommern-Wolgast für seine Gemahlin Hedwig Sophie erbaut, die es bis zu ihrem Tode im Jahre 1631 nutzte. Es ist ein ein- zigartiger Spiegel pommerscher Geschichte, sowie ein Zeugnis der pommerschen Herzogsgeschich- te. Wenn auch die Architektur von außen nüchtern anmutet, sucht sie doch ihresgleichen: So ist es für Nord- und Mitteleuropa höchst ungewöhnlich, dass ein Renais- sanceschloss den Grundriss eines lateinischen Kreuzes bildet. Auf deutscher Seite ist es das einzige

fast im Original erhaltene Schloss, das die Pommernherzöge errichten ließen.

Häufig wechselnde Besitzer bauten das Schloss sowohl innen wie außen um. Besondere Zeichen gesetzt wurden in der Zeit als der schwedische Oberstleutnant Friedrich Ernst Sebastian von Klinkowström im Jahr 1776 Ludwigsburg erwarb. In diese Periode fiel der zweite, innere Umbau des Schlosses mit einer herausragenden künstleri- schen Gestaltung. 1778 wurde hier der Maler und Schriftsteller Friedrich August von Klinkowström ge- boren und das Schloss wurde später Begegnungsort der Maler Klinkow- ström, Caspar David Friedrich aus

Greifswald und Philipp Otto Runge aus Wolgast.

Doch Klinkowström geriet in fi- nanzielle Schwierigkeiten und ver- kaufte im Jahre 1810 Ludwigsburg und weitere Besitzungen an den an- gesehenen Greifswalder Kaufmann Johann Philipp Hermann Weissen- born. Jetzt begann eine Zeit des Aufbaus und der Entwicklung des Anwesens zu einem angesehenen Gutshof. Das Schloss und Gut blie- ben bis 1945 im Familienbesitz der Weissenborns. Sie waren stän- dig bemüht, den wertvollen Besitz zu erhalten und zu pflegen. Als Vermächtnis wurde dieser Gedan- ke von Generation zu Generation weitergegeben. Dann brachte das Kriegsende und die nachfolgen- de Bodenreform 1945 für Schloss Ludwigsburg ein jähes Ende, das auch nach und nach den Verfall be- deutete. Besonders die Innenräume haben sehr gelitten und sind derzeit in einem sehr schlechten Zustand. Trotz allem ist die Stuckdecke im ersten Obergeschoss des Schlosses – die auf rot-weißen Streifen phan- tasievolle Menschen, Tiere und Pflanzen abbildet – hinsichtlich ihres Alters, um 1650 geschaffen, wohl einmalig in Vorpommern.

1991 gingen Teile der Besitzung wieder an die Familie Weissenborn über. Mit Hilfe eines später gegrün- deten sehr aktiven Fördervereins, der den Komplex zunächst pachte- te, und später weitere Nebengebäu- de aus dem Besitz der LPG/ BVVG kaufte, gelang es, das Dach des Schlosses zu sanieren und andere Baumängel zu sichern, um weiteren Verfall zu verhindern. Unermüdlich wurde daran gearbeitet, das wert- volle Objekt zu erhalten und vor allem einer neuen Nutzung zuführen zu können.

Im Mai 2002 eröffnete eine stän- dige Ausstellung zur Geschichte des Schlosses und zur Gutshofan- lage. Das Schloss konnte nun be- sichtigt werden, außerdem fanden immer wieder Veranstaltungen auf dem Gelände statt.

Licht am Ende des Tunnels war sichtbar, als im Dezember 2017

die Landesregierung von Mecklen- burg-Vorpommern die Sanierung von Schloss Ludwigsburg unter be- stimmten Bedingungen beschloss, der Bund sollte auch beteiligt werden. Der Haushaltsausschuss des Bundestages beschloss im Novem- ber 2018 die Sanierung des Schlos- ses Ludwigsburg mit 20 Millionen Euro zu fördern, verlangte jedoch als Voraussetzung, dass das Land Eigentümer des gesamten Areals wird. Es stand jetzt noch die Zu- stimmung des Landtags aus.

Seit dem 20. Juni 2019 ist es nun amtlich, der Landtag M-V hat dem Antrag der Landesregierung zuge- stimmt, das Zentrum der Schloss- und Gutshofanlage Ludwigsburg (Schloss, Beamtenhaus, Speiche- gebäude) für einen symbolischen Preis zu erwerben, um es anschlie- ßend grundlegend zu sanieren. Die Entscheidung der Abgeordneten ist einstimmig gefallen.

Dr. Sascha Ott, der Vorsit- zende des Fördervereins ist über die Entscheidung der Landesregierung überglücklich und dankt allen von Herzen, die sich seit Jahren für Lud- wigsburg eingesetzt haben: „Lud- wigsburg ist ein wichtiges Symbol unserer pommerschen Identität. Ich bin stolz, dass wir nun endlich auf der Zielgeraden angekommen sind. Nun steht der Rettung des letzten Pommernschlosses nichts mehr entgegen. Heute verdienen viele Menschen ein großes Dankeschön. Ich danke allen Abgeordneten, die die jahrelangen Bemühungen des Fördervereins politisch unterstützt haben und die nunmehr endgültig den Weg für eine grundsätzliche Sanie- rung der einzigartigen Schloss- und Gutshofanlage freigemacht haben.“

Der Förderverein, so Ott, werde fortbestehen und sich beratend in den mehrjährigen Sanierungspro- zess einbringen. Zudem wolle der Förderverein – unter Beachtung der mit den Baumaßnahmen ver- bundenen Einschränkungen – auch weiterhin Räumlichkeiten auf der Schloss- und Gutshofanlage nut- zen, um mit seinen Veranstaltungen auch künftig den ländlichen Raum



Schloss Ludwigsburg am 21. Juni 2019
(Foto Förderverein, Peters)



Erhaltene Deckenmalerei (Foto: Förderverein)

zu beleben. So stehen in der laufen- den Saison im August Konzerte der irischen Harfenistin Hilary O'Neill und des Bundespolizeiorchesters Berlin auf dem Programm.

Nicht betroffen von der Eigen- tumsübertragung an das Land sind zahlreiche weitere Flächen der An- lage, darunter der historische Rin- derstall. Das 1858 errichtete, ca. 80 Meter lange Gebäude konnte in den Jahren 2013 bis 2015 durch eine Notsicherung vor dem Einsturz be- wahrt werden. Der Rinderstall solle

ebenfalls noch in diesem Jahr von Familie Weissenborn vollständig an den Förderverein übergehen, so Ott, damit auch dieses Denkmal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. „Es bleibt noch viel zu tun“, blickt Ott voraus. „Weiter- hin gilt dabei das Motto: Schloss Ludwigsburg geht uns alle an!“

Info: <http://www.ludwigsburg-mv.de>

Brigitte Stramm

Wir werden das Projekt begleiten

Joe ist wieder da – aus den Alpen an den Sund

Bayerisches Urgestein kommt frei- willig 1000 Kilometer für Gratis- Arbeit auf die „Gorch Fock“



Stralsund/Krailling. Es gibt noch Enthusiasten, die quer durch Deutschland fahren, um dem Stralsunder Traditionsschiff zu helfen. Nur für Hand und Koje, wie unbezahlte Arbeit an Bord ge- nannt wird.

„I bin der Joe“, streckt einem der Malboro-Typ seine rissige, teer- schwarze Pranke entgegen. Spätes- tens jetzt weiß man, dass der Nicht- raucher in Bayern zu Hause ist. Graumähmig, wettergegerbt, freund- lich lächelnd und gertenschlank er- innert er an den Südtiroler Extrem- bergsteiger Reinhold Messner. Mit dem hat er die Alpenheimat, etwa den Jahrgang und eine Passion ge-

meinsam: das Bergsteigen. Die 76 Jahre sieht man ihm nicht an.

Mit „bürgerlichem“ Namen heißt er übrigens Josef-Xaver Zintl und lebt mit seiner Frau, die ihn schon im 16. Jahr nach Norden ziehen lässt, in Krailling zwischen Mün- chen und Starnberger See. Bayeri- scher geht es nicht.

„Joe wurde ich in Kanada ge- nannt, das hat sich bis heute so ge- halten“, erklärt Zintl seinen „exoti- schen“ Vornamen. Als junger Mann zog der Naturfreak nach Nordame- rika, um als Sohn eines ehemaligen KZ-Dachau-Insassen die Bundes- wehr zu umgehen und dafür drei Jahre als Holzfäller sein Glück in den Wäldern zu versuchen. „Mit einem Indianerkanu bin ich damals acht monatelang durch die Wildnis gestreift“.

„Es muss sich immer was rühren, sonst fühl' ich mich nicht wohl“, schlägt der gelernte Fotograf und Druckvorlagenhersteller den Bogen zur „Gorch Fock“: „Seit über 50 Jahren bin ich Segler – zwischen Gardasee, Warnemünder und Kie- ler Woche. Mein Traum aber waren immer die Großsegler“. Nachdem er Kontakt zu Tall Ship-Friends



Joe Zintl hoch oben auf der Royal-Rah der GORCH FOCK I, während ein Luftwaffen-Airbus A400M anfliegt (Foto Schmidt-Walther)

gefunden hatte, fuhr er als Trainee auf den Viermastern „Sedov“ und „Kruzenshtern“. „Da hab' ich schon kräftig im Rigg mitgeholfen“, er- zählt er mit leuchtenden Augen, „denn als Bergsteiger kenne ich keine Höhenprobleme“.

So auch jetzt bei Arbeiten in luf-

tiger Höhe auf der „Gorch Fock“: Waghalsig und wieselflink ist er bis in 42 Meter Höhe gekraxelt – „bis es nicht mehr weiterging und nur noch Himmel über mir war“, wie er nicht ohne Stolz berichtet. Den Topp, die Spitze des Großmastes, hat er sogar getoppt und ihm die Krone aufge-

setzt – in Gestalt einer bayerischen Flagge.

„Meine Frau hat mir zwei Wochen frei gegeben, die eigentlich für un- sere Toskana-Urlaub gedacht wa- ren“. Von morgens früh um sechs bis spät abends hat Joe geackert. Er selbst nennt es „durchgewursch- telt“. Aber planvoll: „Alles, was ich anfangs, bringe ich auch zu Ende, sonst verlierst du dich“, sagt er wie- der ernst und zählt die wichtigsten von ihm geleisteten Arbeiten auf: „I hab hier aufgeräumt, entrostet, grun- diert, gemalt und Tauwerk erneuert. Daran werden alle Besucher ihre Freude haben“. Mit einem Bruchteil des in der „Goch Fock“ (II) verpul- verten Geldes, meint er kopfschüt- telnd, hätte man ihre Stralsunder Altschwester sogar wieder segelfähig machen können. „Und“, ergänzt er, „ein echtes Traditionsschiff dafür bekommen. Die 'Gorch Fock' (II) von 1958 hat ja nichts mehr, was an ihren Ursprungszustand erinnert“. Volker Börkewitz, der Betriebsleiter an der Ballastkiste, kann das nur be- stätigen.

Ein wahres Gebirge von Arbeit für den Segel-Kraxler, wobei er immer wieder seine kleinen schiffshistori-

schen Entdeckungen gemacht habe. „Ich muss unbedingt wieder her- kommen“, nimmt er sich vor, „denn es gibt ja noch so viel zu tun“. Auf dieser Baustelle kann man, und das nimmt man ihm unbesehen ab, sei- ne Energien ganz schön einsetzen. Diese Synergieeffekte sollten von Vielen genutzt werden.

Den letzten Abend vor seiner Ab- reise nach Süddeutschland verbringt Joe im „Klabautermann“. Von der „Gorch Fock“-Traditionsgaststätte aus hat er „seinen“ Segler im Blick, über dessen Mastenfiligran ein mil- der Vollmond steht. Romantik pur. „Dös hammer doch net bei uns“, muss er gestehen und gönnt sich ein Stralsunder Bier

Peer Schmidt-Walther

Die Gorch Fock I ist ein als Bark getakeltes Segelschulschiff. Sie wurde 1933 bei Blohm & Voss für die Reichsmarine gebaut und nach dem Schriftsteller Gorch Fock benannt. Seit 2003 liegt das nicht see- tüchtige Segelschiff im Stralsunder Hafen. WEB-Seite: gorchfock1.de Besichtigung:

15. März - 31. Okt. täglich 10 - 18 Uhr
1. Nov. - 14. März täglich 10 - 16 Uhr

Lebenslanger Dank

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Dem Leserbrief eines Herrn aus Schwaben, der seine Kenntnisse über die tragische Geschichte Ostpreußens und seiner Bewohner offenbar überwiegend aus dem Besuch des bekanntermaßen sehr umstrittenen, weil tendenziösen polnischen Museums in Danzig gewonnen hat, muss entschieden widersprochen werden.

Ich bin 1941 in Königsberg geboren. Meine Mutter ist mit mir im Januar 1945 vor der russischen Soldateska geflüchtet, deren Morde, Vergewaltigungen und Plünderungen nach Meinung des Leserbriefschreibers durch von Deutschen verursachten Hass entschuldigt werden kann.

Zur damaligen Zeit war allen Wehrmachtssoldaten klar gewesen, dass der Krieg für uns verloren war. Die Soldaten haben trotzdem unter Einsatz ihres Lebens weiter gegen eine sowjetische Übermacht tapfer gekämpft, überwiegend damit es der Bevölkerung im Osten gelingen konnte, in den Westen Deutschlands zu flüchten, um den völkerrechtswidrigen Untaten der Sowjetarmee entkommen zu können.

Ich würde - wie hunderttausende Ostpreußen - nicht überlebt haben, wenn Wehrmachtssoldaten uns bei dieser Flucht nicht selbstlos geholfen hätten.

Wir persönlich wurden mit einem Schnellboot der Kriegsmarine aus dem eingeschlossenen Pillau gebracht, sogar mit einer JU 52 aus einem weiteren Kessel ausgeflogen und mit Wehrmacht-Lkw weiter gen Westen transportiert - immer umgeben von für uns kämpfende Soldaten der deutschen Wehrmacht.

Ich käme mir ehrlos vor, wenn ich mich als Ostpreuße nicht mein Leben lang zu großem Dank gegenüber diesen Soldaten der Wehrmacht verpflichtet fühle.

Wer diese Zeit nicht selbst erlebt hat, sollte sich eines Urteils hierüber enthalten - noch dazu, wenn es zu sehr an Reeducation und sogenannte politische Korrektheit erinnert. Bernd Kahnert, Wolfenbüttel

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Man muss der Wehrmachtssoldaten gedenken!

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Man muss ihrer gedenken! Zumindest der Wehrmachtssoldaten, nicht der mörderischen Einsatztruppen. Hat der PAZ-Leserbriefschreiber Maußhardt den Artikel von Hedda May nicht gelesen? Nicht Deutschland hat den eher regionalen Polenkrieg zum Weltkrieg eskalieren lassen, sondern England und Frankreich, die Deutschland den Krieg erklärt und auch zuerst Bomben geworfen haben.

Und was die kommunistisch-stalinistische Sowjetunion betrifft, so sei es erlaubt, das Zitat des weltbekannten österreichisch-französischen Historikers und Soziologen Maximilien Rubel in seiner Stalin-Biografie vom Jahr 2000 anzuführen: „Die von Stalin selbst organisierten und langfristig getroffenen Kriegsvorbereitungen machte Hitler zuschanden, als er in der Nacht des 22. Juni 1941 seine Truppen die Sowjetunion angreifen ließ.“ Also ein Präventivkrieg! Und Soldaten, die sich zweier Kriegserklärerstaaten und eines Kriegsplanerstaates er-

wehrten, sollen nicht der Ehre wert sein?

Herr Maußhardt schreibt weiter: „Und gerade in Ostpreußen war die Begeisterung für die Nazi-Partei riesengroß.“ Ja, was erwartet man denn von den einfachen Menschen, wenn der englische Premier David Lloyd George 1936 im „News Chronicle“ lobte, Hitler habe Großtaten für sein Land vollbracht? Wenn die Ostpreußen beziehungsweise die Deutschen so böse waren, wie es aus den Worten des Briefeschreibers klingt, wie erklärt er es sich dann, dass der Deutschenhasser, der

US-Vier-Sterne-General und legendäre Panzerkommandeur George S. Patton kurz nach dem Krieg, als er in Ruhe die Deutschen kennenlernen konnte, geäußert hat, „in Wirklichkeit sind die Deutschen das einzige anständige in Europa lebende Volk“?

Natürlich hatte er nicht die Hitler-Clique gemeint, sondern das Gros des Volkes. Und natürlich war es bei den „Siegern“ verpönt, die Deutschen zu loben. Deswegen wurde Patton auch flugs vom Deutschenhasser Eisenhower abgesetzt. David S. Vischer, Berlin

Es gebührt Respekt

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Alliierte Soldaten waren Befreier, Wehrmachtssoldaten waren Verbrecher. Dieses Weltbild ist so schlicht, wie die herrschende Erklärung für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges: Der Krieg konnte nur in Europa beginnen, nur ein Land, nämlich Deutschland, konnte diesen Krieg auslösen, und der Diktator dieses Landes hat dies ganz bewusst getan, umgeben von einer friedliebenden und gutwilligen Umwelt. Ein einfacheres und „richtigeres“ Modell scheint kaum denkbar.

Es herrscht die Darstellung eines unprovokierten deutschen Überfalls auf ein unvorbereitetes Land vor, nämlich Polen. Nach diesem Überfall sah sich Großbritannien zusammen mit Frankreich gezwungen, dem Deutschen Reich den Krieg zu erklären.

Tatsächlich hatte der gemeinsame deutsche (1. September 1939) und sowjetische (17. September 1939) Angriff auf Polen eine jahrelange Vorgeschichte und kam weder für die Regierung der Republik Polen noch für die britische Regierung überraschend. Deshalb wurde auch ausschließlich Deutschland und gerade nicht der Sowjetunion 1939 der Krieg erklärt. Deutschland musste vernichtet werden wegen seiner autarken Großraumwirtschaft, Devisenkontrolle und seiner versuchten Herauslösung aus dem damals vorherrschenden System der Weltwirtschaft.

Polen, welches am 5. November 1916 von Deutschland und Österreich gegründet wurde und zusammen mit Hitler 1938 in die Tschechoslowakei einmarschiert war, betrachtete den damaligen Verlauf der europäischen Grenzen nur als das Minimum von dem, was Polen eigentlich zustand. Der europäische Konflikt war damit neben weiteren auslösenden Faktoren programmiert. Deshalb gebührt den Soldaten der Wehrmacht selbstverständlich derselbe Respekt wie den Soldaten aller Beteiligten.

Dr. Roland Mackert, Böblingen

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Stein des Anstoßes: Der in dieser Zeitung in der Ausgabe 23 abgedruckte Leserbrief über die Rolle der Wehrmachtssoldaten im Zweiten Weltkrieg hat unter PAZ-Lesern zu einer Flut von Gegenreaktionen geführt

Jeder anständige Deutsche schuldet den Soldaten ewigen Dank

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Herr Maußhardt geht mit einer Meinung an die Öffentlichkeit, die er sich nach dem Besuch eines polnischen Museums zum Zweiten Weltkrieg gebildet hat. Polen war damals Kriegsgegner und trägt ein gerüttelt Maß Mitschuld an der Auslösung des Krieges. Heute verschweigt man dies meist, in Polen erst recht. Polen

sieht sich in der Opferrolle, war aber auch Täter. Die Darstellung der Geschichte aus polnischer Sicht für bare Münze zu nehmen ist mit Naivität nicht zu entschuldigen.

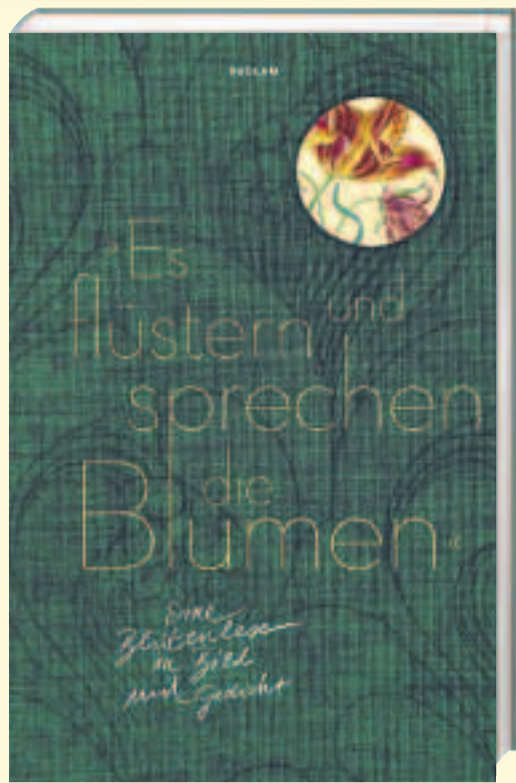
Kritiklos übernimmt der Verfasser auch die - trotz Reemtsmas Wehrmacht-Ausstellung - unhaltbare Pauschalverurteilung der Wehrmachtssoldaten als Verbrecher und Kriegstreiber. Selbst General Eisenhower musste unter dem Druck der Tatsachen seine

frühere Auffassung revidieren und hat wie Bundeskanzler Adenauer den Wehrmachtssoldaten bestätigt, tapfer und anständig gekämpft zu haben. Jedem deutschen Soldbuch waren die zehn Gebote für die Kriegsführung des deutschen Soldaten beigelegt. In Einzelfällen ist dagegen verstoßen worden. Sonst hätte es keine Kriegserichtsurteile gegeben. Jede Gemeinschaft hat ihre schwarzen Schafe. Sie prägen aber nicht das Gesamtbild.

Das Ausharren und Weiterführen des Kampfes in den Ostgebieten des Reiches bei Kriegsende bedeutete für Hunderttausende oder gar Millionen von Zivilisten aller Altersklassen die Rettung vor den barbarischen Gewalttaten der Roten Armee. Dafür schuldet jeder anständige Deutsche den Wehrmachtssoldaten, die dies in hoffnungsloser Situation auf sich nahmen, ewigen Dank!

Werner Reinhold, Pietzpuhl

Advertisement for the book 'Der Weg zur Knechtschaft' by Friedrich A. Hayek. The ad features a large image of the book cover, a quote from the Süddeutsche Zeitung, and promotional text. Key elements include: 'Jetzt erstmals als preiswerte Sonderausgabe!', 'Das Kultbuch des renommierten Nationalökonom und intellektuellen Gegenspielers von John Maynard Keynes', 'Sonderausgabe nur 14.99€ statt 39.90€', and contact information for Kopp Verlag.



Karl-Heinz Göttert (Herausgeber)
Es flüstern und sprechen die Blumen
 Eine Blütenlese in Bild und Gedicht
 Die Sonne steigt höher, die Tage werden wärmer – der Frühling ist da! Nichts erfreut nach der kalten Jahreszeit mehr als die ersten farbprächtigen Blüten. Kein Wunder, dass sich auch Dichter und Künstler von Rose und Hyazinthe seit jeher beflügelt fühlen. Diese Bände versammeln eine wunderbare Auswahl kunstvoller Naturmalerei und Verse. Mit farbigen Blumenzeichnungen von Maria Sibylla Merian, Albrecht Dürer, Pierre Joseph Redouté und anderen. Mit Gedichten von Eduard Mörike, Clemens Brentano, Elisabeth Langgässer, Joachim Ringelnatz und vielen anderen. 44 Farbabbildungen, 168 Seiten.
 Nr. P A1381 Hochwertiger Leineneinband mit Goldprägung 18,00 €



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
 Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
 256 Seiten/Taschenbuch
 Nr. P A0091 8,95 €

Als Frauen, Kinder und Greise im Jahr 1944 vor der heranstürmenden Roten Armee fliehen, die mordend und plündernd in Ostpreußen einfällt, befindet sich in einem der Flüchtlingszüge ein dreizehn Jahre alter Junge, Heinz Buchholz. Zusammen mit seinem Panjepferd Iwan meistert er die chaotischen Ereignisse. Dabei erweist sich der Vierbeiner nicht nur als Lebensretter in tödlichen Gefahren, sondern ist zugleich ein treuer Gefährte, dem das verstörte Kind seine Erinnerungen an eine heile Welt – eine Kindheit in Ostpreußen, als noch Frieden herrschte – anvertrauen kann. Die große Flucht aus Ostpreußen – eine geschichtliche Katastrophe.



In schweren Zeiten braucht man Glück
 23 Zeitzeugen erzählen – 1939 bis 1952
 192 Seiten/Gebunden
 Nr. P A0851 9,95 €

Es sind ungewöhnliche Erlebnisse aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, die uns berühren und erschüttern. Sie erzählen von der Rettung in höchster Not, von kaum vorstellbaren Zufällen, von Momenten des Glückes, der Freude und der Erleichterung. Frauen, Männer und Kinder der Jahrgänge 1913 bis 1937 schildern, was ihnen damals die Kraft und die Hoffnung gab, scheinbar ausweglose Situationen zu meistern. Die Zeitzeugen erleben im Bombenkrieg und beim Fronteinsatz den Tod naher Verwandter, Freunde, Nachbarn und Kameraden. Sie berichten von Flucht und Vertreibung, von Gefangenschaft und Heimkehr und vom schweren Neuanfang.



Georg-Jescow von Puttkamer
Zwei Eichen und zwei Linden
 Die Puttkamer: Die Geschichte einer deutschen Adelsfamilie
 Deutsche Geschichte als Familienportrait – Über 700 Jahre lang waren die Puttkamer eine der führenden Familien des sogenannten „ostelbischen Grundbesitzeradels“, mit mehr als 300 landwirtschaftlichen Gütern in Hinterpommern. Aber wieso soll das heute noch von Interesse sein? Diese Familiengeschichte schildert die Schicksale, Leistungen und die schwarzen Flecken einer Familie, die untrennbar mit der preußischen und deutschen Geschichte verbunden ist. So war die Ehefrau Otto von Bismarcks eine geborene von Puttkamer. Und von verweigten Raubrittern und mondänen Künstlergestalten, über Abenteurer und Auswanderer bis hin zum Berliner Polizeipräsidenten und dem Kommandanten der gefürchteten „Puttkamer-Husaren“ führt uns diese unterhaltsam geschriebene Geschichte die unterschiedlichsten Figuren und ihre zeitgeschichtliche Ambivalenz vor Augen, zwischen Glamour und Rückständigkeit, zwischen Glanz und Grauen. 288 Seiten.
 Nr. A1307 Gebunden 24,00 €



Ulrike Renk
Das Lied der Störche
 Roman
 Ostpreußen 1920: Frederike verbringt eine glückliche und unbeschwerte Kindheit auf dem Gut ihres Stiefvaters in der Nähe von Graudenz. Bis sie eines Tages erfährt, dass ihre Zukunft mehr als ungewiss ist: Ihr Erbe ist nach dem großen Krieg verloren gegangen, sie hat weder Auskommen noch Mitgift. Während ihre Freundinnen sich in Berlin vergnügen und ihre Jugend genießen, fühlt sich Frederike ausgeschlossen. Umso mehr freut sie sich über die Aufmerksamkeit des Gutsbesitzers Ax von Stieglitz. Wäre da nur nicht das beunruhigende Gefühl, dass den deutlich älteren Mann ein dunkles Geheimnis umgibt ... Ein berührende Familien-Saga die auf wahren Begebenheiten beruht. Die Autorin Ulrike Renk lebt als freie Autorin in Krefeld. 512 Seiten
 Nr. P A1150 Taschenbuch 12,99 €



Dieter Peeters
Vermisst in Stalingrad
 Als einfacher Soldat überlebte ich Kessel und Todeslager 1941–1945
 120 Seiten/Kartonierte
 Nr. P A0853 12,80 €

Am 2. Februar 1943 endet die Schlacht von Stalingrad. Kein anderer Ort ist seither so fest mit dem Zweiten Weltkrieg verknüpft. Die Katastrophe an der Wolga gilt als der Wendepunkt des Krieges im Osten. Dieter Peeters ist einer der letzten Überlebenden von Stalingrad. Er schildert die Wochen in der Hölle des Kessels aus der Sicht eines einfachen Soldaten. Nach seiner Gefangennahme im Januar 1943 gilt er wie Zehntausende andere als „vermisst in Stalingrad“. Er durchlebt das Grauen in einem Todeslager und sechs lange Jahre in einem Straflager am Ural. 1949 kehrt er heim nach Deutschland. Seine Erinnerungen, ergreifend geschrieben, sind ein erschütterndes Dokument des Leidens. Nach seiner stieg er zum Verkaufsleiter in einem bedeutenden Edeldahlunternehmen. Dieter Peeters lebt heute in Düsseldorf.



Zogen einst fünf wilde Schwäne
 24 Lieder aus Ostpreußen. Änchen von Tharau, Es dunkelt schon die Heide, Zogen einst fünf wilde Schwäne, Land der dunklen Wälder, Abends treten Elche ..., Freiheit die ich meine u.v.m. Laufzeit 55 Minuten
 Nr. P 5875 CD 12,90 €



Kettenanhänger mit Sonne aus Bernstein mit Lederhalsband
 Lederband ca. 45 cm Länge
 Nr. P A0902 39,90 €



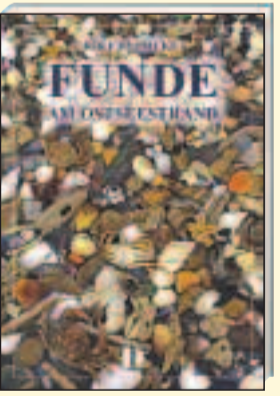
Ulrike Renk
Die Jahre der Schwalben
 Roman
 Kurz nach ihrer Hochzeit erfährt Frederike, dass ihr Mann eine schwere Krankheit hat. Er geht in ein Sanatorium, und Frederike hofft auf seine Genesung. Doch als er stirbt, steht Frederike vor den Trümmern ihres Lebens. Allein und ohne eigenes Vermögen muss sie das Gut mit der großen Trakehnerzucht bewirtschaften. Jahre der Verzweiflung und Einsamkeit folgen, bis sie Gebhard von Mansfeld kennenlernt. Ganz langsam gelingt es ihr, wieder an das Glück zu glauben. Doch dann kommt Hitler an die Macht, und plötzlich weiß Frederike nicht, ob sie und ihre Liebsten noch sicher sind. Der 2. Teil der großen emotionalen Familiensaga aus Ostpreußen, die auf wahren Begebenheiten beruht.
 560 Seiten
 Nr. P A1186 Taschenbuch 12,99 €



Harald Saul
Ostpreußen kulinarisch – Miniaturausgabe (6,2 x 9,5 cm)
 Dieser kulinarische Ausflug nach Ostpreußen ist eine Reise in ein Land, das es nicht mehr gibt, dessen Küche aber unvergessen ist. Harald Saul erinnert mit berühmten Gerichten wie Beetenbartsch, Schuppnis, Königsberger Kloppen und vielen mehr an die große ostpreußische Back- und Kochtradition, die Heimatverbundene, Touristen oder Liebhaber regionaler Köstlichkeiten gleichermaßen begeistert. 128 Seiten.
 Nr. P A1217 Gebunden 5,00 €



Rolf Reinicke
Steine am Ostseestrand (80 Seiten)
 Der Autor, ein erfahrener Geologe, ist zu Hause an den Stränden der Deutschen Ostseeküste. Er hat zusammen mit seiner Frau alle Steine in diesem Besuch gesammelt, fotografiert und deren Herkunft bestimmt.
 Nr. P A0875 Kartonierte 9,95 €



Rolf Reinicke
Funde am Ostseestrand
 Nach dem erfolgreichen Steine-Buch liegt jetzt vom gleichen Autor das Buch Funde vor, in dem es um Muscheln, Schnecken und vielen anderen Pflanzen und Tieren am Ostseestrand geht. 80 Seiten
 Nr. P A0839 Kartonierte 9,95 €



Rico Nestmann
Kraniche
 Graue Tänzer an Bodden und Meer
 Kraniche sind mit ihrer Größe, Anmut und Schönheit eindringliche Sinnbilder für die Kostbarkeit der Natur auf unserer Erde. Der Schutz der Kraniche bewahrt zugleich eine Vielzahl anderer Tier- und Pflanzenarten sowie die Reinheit von Wasser, Boden und Luft in den ausgedehnten Territorien dieser Vögel. Im Flug zwischen den Brut- und Überwinterungsgebieten überqueren die „Vögel des Glücks“ mehrere Länder und Rastplätze. Hier fressen und ruhen die Vögel zwischen den einzelnen Flugtapen. Mit dem vorliegenden Band wird die Faszination des Kranichzuges zwischen Bücherdeckeln lebendig. Mit ebenso einzigartigen wie eindrucksvollen Fotografien sowie kenntnisreichen Texten kann sich der Leser und Betrachter Auge in Auge mit den „Vögeln des Glücks“ sehen und eines der faszinierendsten Naturschauspiele Mitteleuropas hautnah erleben. Aber der Bildband ist vor allem auch eine wahre Schatzkammer ebenso schöner wie eindrucksvoller Kranichfotografien. 136 Seiten
 Nr. P A1078 Gebunden 19,95 €



Jungliches Bernsteinset (Bernsteinhals- und Bernsteinarmband)
 Mit verschiedenfarbigen Bernsteinstücken auf längenverstellbaren Lederbändchen.
 Nr. P A1267 19,90 €



Ulrike Renk
Die Zeit der Kraniche
 Roman
 Nach dem dringlich herbeigesehnten Ende des Krieges besetzen die sowjetischen Truppen das Land. Viele Gutsfamilien verlassen ihre Heimat und fliehen in Richtung Westen. Auch Gebhards Brüder und seine Mutter. Er jedoch kann sich einfach nicht dazu entschließen, das Land seiner Väter zu verlassen. Dann wird er verhaftet. Frederike droht das gleiche Schicksal. In letzter Sekunde schafft sie es zu fliehen – aber wird ihr ein Neuanfang gelingen? Und was ist mit Gebhard? Der Abschluss der großen Ostpreußen-Saga von Bestsellerautorin Ulrike Renk.
 515 Seiten
 Nr. P A1273 Taschenbuch 12,99 €



Rolf Reinicke
Pflanzen am Ostseestrand
 Mit diesem wunderschön illustrierten Taschenbuch bekommt der interessierte Strandwandler einen wertvollen Naturführer. Er zeigt die besondere Pflanzenwelt an den Stränden der Ostsee, auf ihren Dünen und an den Ufersäumen der Bodden und Haffe. 80 Seiten
 Nr. P A1077 Kartonierte 9,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg
 Telefon 09 31/ 46 58 89-12
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

